

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldplennig, monatlich 2,50 Goldmark voraus zahlbar. Unter Freytag für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Oesterreich, Kroatien, Bulgarien 1,50 Goldmark, für das übrige Ausland 2,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Erdung und Kleinigkeiten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 30. Dezember 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 - Bankhaus: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Debitenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Reklamereile 1.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das Festschriftliche Wort 0,20 Goldmark (außerdem zwei Festschriftliche Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenanzeige das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark, eine Goldmark - ein Postar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Kammerdebatte über Köln.

Die Poincaristen für dauernde Besetzung. — Leon Blum gegen die Poincaristen.

Paris, 29. Dezember. (WZB.) Die Kammer ist heute in die Beratung der für die Monate Januar und Februar 1925 geforderten provisorischen Kredite eingetreten. In der allgemeinen Erörterung ergriß der Abgeordnete Louis Marin das Wort und erklärte, es beunruhige ihn, daß während der Verlegung des Parlaments der Regierung diktatorische Vollmachten gegeben würden, die die ernstesten Probleme für die Sicherheit und die Zukunft des Landes berühren, namentlich hinsichtlich der Entwaffnung und des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Deutschland. Wäre der Verfall der Friedensverträge eingehender erörtert worden, so würde die Lage Frankreichs besser sein. Der Abgeordnete ging alsdann auf die Aufgabe ein, die die Internationalisierte Konferenz und die Internationalisierte Kontrollkommission in Deutschland zu erfüllen haben. Alle Welt wisse, was der allgemeine Bericht und die Teilberichte der Kontrollkommission enthalten.

Louis Marin fuhr fort, „Daily Mail“ habe einen noch beunruhigenderen Bericht der Kontrollkommission veröffentlicht. Er wolle nicht von dem Bericht des Generals Nollet sprechen, der vorgestern vom „Eclair“ veröffentlicht worden sei, weil hierüber eine Interpellation vorliege. Aber alle französischen und englischen Blätter hätten

noch viel ernstere Dokumente

veröffentlicht. Man wisse noch nicht, wie der Bericht der Kontrollkommission abgefaßt sei, den man zuerst für den 6. bis 8. Dezember versprochen habe. Man wundere sich, daß die Veröffentlichung dieses Berichts verweigert worden sei und daß man jetzt davon spreche, dieser Bericht werde in der dritten Woche des Januar veröffentlicht werden. Er wünschte, daß die Vorkonferenz, die bis jetzt nur von der Frage der Kölner Zone gesprochen habe, sich klar und deutlich über die Frage der Entwaffnung Deutschlands ausspreche und so der gesamten Welt ihre Meinung sage. Alle Parteien der Kammer seien in gleicher Weise daran interessiert, daß vollkommene Klarheit über die Entwaffnung Deutschlands geschaffen werde. Die Räumung der Kölner Zone müsse Deutschland nicht deshalb verweigert werden, weil es keine Entwaffnung noch nicht durchgeführt habe, sondern weil die Sicherheit Frankreichs, die nach dem Friedensvertrag durch England und die Vereinigten Staaten oder durch den Völkerbund hätte garantiert werden müssen, weder durch die beiden Staaten noch durch den Gesamtorganismus gewährleistet worden sei.

Louis Marin erklärte weiter, er sehe eine große Gefahr in der Räumung der Kölner Zone, die den Anschein hervorrufen müsse, Deutschland habe die Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt und könne in den Völkerbund aufgenommen werden. Wenn die Kölner Zone geräumt würde, würden wir, so erklärte der Abgeordnete, nicht mehr

den Rhein als Schutz

haben und unsere Grenze würde schwer zu überwachen und zu beschützen sein. Er müsse auch die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Schwierigkeiten lenken, die darin beständen, ein entmilitarisiertes Deutschland zu kontrollieren. Er erinnere daran, daß nach dem Abzug der französischen Truppen aus Offenburg Reichswehrtuppen (??) sich zu einer Kundgebung hätten verleiten lassen. Die Kabinette von Paris, London, Brüssel und Rom hätten Vorstellungen erhoben, die aber rein platonisch geblieben seien.

Der Abgeordnete Marin erwähnt sodann die Tatsache, daß Deutschland am 10. Januar seine wirtschaftliche Freiheit wieder erlange. Während die deutschen Unterhändler die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich in die Länge gezogen hätten, habe die englische Regierung mit der deutschen Regierung innerhalb dreier Tage einen Handelsvertrag abgeschlossen können. Das hätten die Deutschen nur getan, weil sie kein Arbeiterkabinett, sondern eine konservative Regierung vor sich gehabt hätten, die sie fürchteten. Gegenüber der deutschen Regierung müsse man fest bleiben, denn es sei zu befürchten, daß man am 11. Januar erwache und vor einer Katastrophe stehe, und daß diese Katastrophe sich besonders im Elsaß, in Lothringen und im Ruhrgebiet fühlbar machen werde.

Der sozialistische Abgeordnete Bedouce ruft dazwischen: „Nicht die jetzige Regierung hat diese Lage geschaffen, sondern eine andere, die den gegebenen Augenblick vor einem Jahre verpaßt hat.“ Der ehemalige Minister Le Trocquer ruft dazwischen: „Wenn man etwas hätte tun wollen, hätte man die Einstimmigkeit der Alliierten und die Zustimmung des Völkerbundes nötig gehabt.“

Der Abgeordnete Marin schließt, indem er auf die Haltung Americas hinweist, das den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet und den Garantiepakt mit Frankreich nicht abgeschlossen habe. Die alliierten Regierungen müßten sich über die Kriegsschuldfrage einigen.

Finanzminister Clementel

ergreift das Wort und erklärt, er wolle die Fragen beantworten, die den Finanzminister betreffen. Im vorigen Jahre hätten die Wirtschaftsprobleme vorteilhafter behandelt werden können, weil Frankreich damals in der Lage gewesen wäre, seine Sache vor den Völkerbund zu bringen. Jetzt stehe man Deutschland allein gegenüber. Er sei überzeugt, daß der Handelsminister, ohne die großen Interessen Frankreichs zu opfern, zu einer Lösung gelangen werde, durch die namentlich der Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Elsaß und Lothringen vermieden werden könne.

Leon Blum

macht die Politik des Kabinetts Poincaré für die jetzige Lage verantwortlich. Die Ruhrpolitik habe veranlaßt, daß einestells

England im vorigen Jahr nicht an die Seite Frankreichs getreten sei, um die Handelsfragen zu regeln und andererseits die Militärkontrolle wegen der Zwangsmahnahmen im Ruhrgebiet nicht mehr ausgeübt worden sei. Das sei der Grund, weshalb Tausende von Gewehren und Maschinengewehren hätten fabriziert werden können. Nachdem die Ruhrbesetzung (gemeint ist wohl der Ruhrkampf, Red. d. „V.“) beendet worden sei, sei die Fabrikation eingestellt worden, teils aus moralischen Gründen, teils, wie er hoffe aus materiellen Gründen, weil die Militärkontrolle wieder habe einsehen können. Der Abgeordnete sprach sich dann über die Frage der internationalisierten Schulden aus, die bei der Konferenz der internationalisierten Finanzminister angeschnitten werden müßte, wenn man den Verteilungsschlüssel von Spa zur Sprache bringe. Blum weist zum Schluß darauf hin, daß nach dem Abkommen von Spa die Lage sich geändert habe. Deutschland könne nicht die Hunderte von Millionen bezahlen, die man vorgegeben habe. Man könne vielmehr nach dem Dawes-Plan nur auf eine beschränkte Reparationszahlung rechnen. Frankreich müsse auf der Finanzministerkonferenz zur Geltung bringen, daß die englischen Schiffsoerluste während des Krieges durch Versicherung gedeckt gewesen seien. Die Kammer müsse bei diesen Verhandlungen sich geschlossen hinter den Finanzminister stellen.

Der allfällige Abg. Schumann nimmt Kenntnis von der Erklärung des Finanzministers, daß die Möglichkeit bestehe, die Handelsvertragsverhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

Der Abg. Dior (früherer Handelsminister unter Poincaré, Red. d. „V.“) führt aus: Das Ruhrgebiet sei eine Hypothek gewesen, die man in der Hand gehabt habe. Er wolle hoffen, daß die jetzige Regierung sie nicht aufgeben werde.

Der Abg. Fabry (früherer Minister unter Poincaré, Red. d. „V.“) erklärt, nicht die Ruhrbesetzung habe die Militärkontrolle zum Stillstand gebracht. Die Wahrheit sei, daß man das Ruhrgebiet besetzt habe, weil damals General Nollet erklärt habe, die Militärkontrolle könne nicht mehr mit Nutzen durchgeführt werden. (??)

Im Verlaufe ihrer weiteren Sitzung trat die Kammer in die Erörterung ein, wann die vorliegenden Interpellationen über die Strafverfolgung gegen die Zeitung „Eclair“ beraten werden sollen. Im weiteren Verlaufe der Debatte ergreift Kriegsminister

General Nollet

das Wort. Er entwickelt die Geschichte der Kontrolloperationen, die in Deutschland geführt worden sind und erklärt dann, daß es ihnen gelungen sei, bis zum Jahre 1922 die Ablieferung großer Mengen von Karabinen, Gewehren und Maschinengewehren sowie die Auflösung der Geheimorganisationen zu erzielen. Nach dem Jahre 1922 habe sich infolge der Ruhrbesetzung die Lage geändert und die Kontrolloperationen seien erst jüngst wieder aufgenommen worden. Sie hätten in einer Fabrik in der Umgebung von Berlin zur Entdeckung von 15 000 Röhren von Maschinengewehren und 30 000 Röhren von Maschinengewehrpistolen geführt. Die Vorkonferenz habe darauf festgestellt, daß Deutschland die Bedingungen der Entwaffnung nicht erfüllt habe, um des Ruhns der Räumung der Kölner Zone teilhaftig zu werden. General Nollet fügt hinzu, daß der im „Eclair“ veröffentlichte Bericht ein inter. offizielles Dokument, und zwar ein Dokument der Kontrollkommission sei.

Diese Interpellationen wurden gemäß dem Antrag des Justizministers mit 300 Stimmen verlegt. Die gesamte Opposition hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Eine offiziöse englische Erklärung.

London, 29. Dezember. (WZB.) Reuter teilt mit: Die Vorkonferenz wird in ihrer Sitzung am Mittwoch den Inhalt der Mitteilung erörtern, die Deutschland über die Räumung der Kölner Zone gemacht werden soll. Der Wortlaut der Note sei jetzt von den alliierten Regierungen aufgestellt. Die Grundlage der Mitteilung wird selbstverständlich die Tatsache bilden, daß die Alliierten noch nicht den endgültigen Bericht der Kontrollkommission erhalten haben, und daß unter den gegenwärtigen Umständen, soweit es die augenblicklichen Anzeichen vermuten lassen, die Räumung dieser Zone am 10. Januar nicht zu rechtfertigen sein dürfte. In der Note werde ferner bemerkt werden, daß die Befehle des linken Rheinufers die Hauptursache für die völlige Ausführung des Versailler Vertrages durch die deutsche Regierung darstelle, und daß die Alliierten in diesem Punkt als Treuhänder für die anderen Unterzeichner des Friedensvertrages zusammenwirken müßten.

London, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die militärischen Sachverständigen der Alliierten bereiten ein Verzeichnis der Maßnahmen vor, deren Ausführung durch Deutschland als notwendig angesehen wird. Wenn Deutschland sie ehestens erfüllt, will die britische Regierung in die Zurückziehung ihrer Truppen aus dem Rheinland einwilligen. England wünscht, daß Frankreich die gleiche Haltung einnimmt, und von britischer Seite wird, wie in Regierungskreisen verlautet, im Falle der Erfüllung der Bedingungen durch Deutschland sogar ein Druck auf Frankreich ausgeübt werden, mit der Zurückziehung der britischen Truppen gleichzeitig das Ruhrgebiet zu räumen.

Der Fall Kutischer. Kreditpolitik und Staatsbank.

Nach der Schaffung der Rentenmark ging das tolle Bacchanal der Spekulationen weiter. Vermögen entstanden und vergingen, die Umwertung aller Werte, die Revolution des Besizes war noch längst nicht abgeschlossen. Im Mittelpunkt des Spiels stehen zwei Männer, geschäftstüchtig, brutal in der Auswahl und Anwendung ihrer Mittel, mit Beziehungen nach allen möglichen Regierungsstellen mit allen Wassern gemaschen. Von den beiden tippt Jakob Michael vom schnell entstandenen Michael-Konzern auf die feste Rentenmark. Iwan Kutischer aber, mit den Instanzen des Devisenspekulanten unseligen Angebendens, stellt seine geschäftlichen Maßnahmen auf eine Rentenmarkinflation ein. Es ist also kein Zufall, wenn sich die Wege Jakob Michaels und Iwan Kutiskers in der Affäre der Preussischen Staatsbank kreuzen. Die ganze Affäre ist eben eine Nachwirkung der Inflation und das Schicksal Iwan Kutiskers, des Opfers der Stabilisierung, und Jakob Michaels, des großen Deflationsgewinners, läßt sich nur auf dem üppigen, dem Vergehen und Entstehen großen Reichtums günstigen Boden der deutschen Geldverhältnisse begreifen. Geldgeber für Iwan Kutischer war die Preussische Staatsbank. Sie, die in der Inflation neun Zehntel ihres Goldkapitals verloren hat, büßt an ihm rund 15 Millionen ein. Weiter hatte sie, was mehr zählt, ihrem soliden Ruf als Geldinstitut, das seit 1772 existiert, einen schweren Stoß verfehlt. Geldgeber für Jakob Michael war die Deutsche Reichspost. Michael erhielt große Kredite aus den Mitteln des Postverkehrs in solchem Ausmaß, daß sie einer Gefährdung der Kreditpolitik der Reichsbank gleichkamen. Es bedurfte der ganzen Energie der Reichsbankleitung, um diese Kreditgewährung zu unterbinden. Michael leitete diese Kredite weiter zu einem Zinsfuge, der die Wirtschaft schwer bejaufete, ihm selbst aber ein Riesenvermögen schuf. Wieviel die Reichspost an Michael verdiente, steht nicht fest. Die Reichspost ist jede öffentliche Aufklärung schuldig geblieben.

Die Kreditgewährung der Reichspost an Michael war ein legales, juristisch einwandfreies Geschäft. Der Geschäftsverkehr Kutiskers mit der Seehandlung beruhte auf verbrecherischen Manipulationen. Mit dem Fall Kutischer befaßt sich der Staatsanwalt. Mit dem Phänomen der Entstehung der großen Vermögen in der Inflationszeit wird sich die Deffentlichkeit sehr gründlich von politischen Gesichtspunkten und von Gesichtspunkten der sozialen Moral aus beschäftigen müssen, wenn der Strafrichter über den Fall Kutischer gesprochen haben wird.

Setzt aber knüpfen sich an den Fall Kutischer-Seehandlung schon eine Reihe von Fragen, die dringend der Beantwortung bedürfen. Die Kredite an Kutischer fallen in die kritische Zeit der Stabilisierung, als Geld auf Wechsel, selbst auf mehrfache Effektedeckung, nicht zu haben war. Dennoch hat Kutischer in liberalster Weise Kredite in einer Größenordnung erhalten, die nicht nur privatwirtschaftlich, sondern auch für die allgemeine Kreditpolitik ins Gewicht fielen. In diesem Zusammenhang interessiert die Beantwortung der Frage, wieviel Kredite die Preussische Staatsbank im Monat April und auch noch im Monat Mai gewährt hat. Die Beantwortung dieser Frage ist sehr wichtig für den ganzen Verlauf der Geldpolitik der Reichsbank, die der Bereinigung der deutschen Wirtschaft dienen sollte, aber durch den Einfluß mächtiger Interessengruppen vorzeitig gedrosselt wurde. Bis jetzt hat Herr Präsident Dr. Schröder die Beantwortung dieser Frage unter Berufung auf das Bankgeheimnis verweigert. Die Deffentlichkeit hat ein Recht darauf, über diese Frage Auskunft zu erhalten. Es handelt sich nicht nur um einen Kriminalfall. Auf jeden Fall stand die Kreditgewährung an Kutischer in scharfem Gegensatz zur Kreditpolitik der Reichsbank. Die Deffentlichkeit muß erfahren, ob die Staatsbank nur in dem einen kriminellen Falle so large Grundzüge in der Kreditgewährung befolgt hat oder in größerem Maßstabe.

Im übrigen ist zu erwarten, daß durch den Fall Kutischer endlich die Frage der enorm hohen Zinssätze in Deutschland in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung gerückt wird. Die hohen Zinssätze spielen in der ganzen Angelegenheit Kutischer-Seehandlung eine ungeheure Rolle. Wir sehen, wie an diesen Zinsen alte Geldinstitute im Verlauf von Tagen zugrunde gehen und Rieseneinkünfte auf Kosten der Gesamtwirtschaft im Handumdrehen neu entstehen. Es ist natürlich, daß eine leidenschaftliche Debatte über die Diskontfrage bei uns mit Zinssätzen Schluß machen muß, die wohl für Albanien oder Tibet passen, für eine geldbedürftige deutsche Wirtschaft aber, die zugunsten eines freibeuterischen Finanzkapitalismus mit Zinsen, Provisionen usw. überlastet ist, einfach unerträglich sind.

In der Zeit der Stabilisierungsaktion forderte in einem Vortrag im Zentralausschuß der Reichsbank der Reichsbankpräsident Dr. Schacht die strengste Zentralisierung der deutschen Geld- und Kreditpolitik. Diese Forderung war um so begründeter, als der Geist der allgemeinen Anarchie und der Willkür auf dem Gebiete der Geldpolitik noch bis in die Inflationszeit hinein spulte. Um eine straff zentralisierte Geld- und Kreditpolitik durchzuführen, dazu gehörte nicht nur die

Entschlossenheit des Leiters, sondern auch die Unterordnung aller öffentlichen Kreditinstitute unter seine volkswirtschaftlichen leitenden Gesichtspunkte. Dazu gehörte ein Beamtenapparat, der namentlich in den oberen leitenden Stellen nicht nur völlig moralisch intakt und technisch auf der Höhe war, sondern sich auch seiner großen volkswirtschaftlichen Verantwortung in jedem einzelnen Falle der Kreditgewährung bewußt war. In der Seehandlung haben leitende Beamte in dieser Hinsicht versagt. Ihre Schuld prüft das Strafgericht.

Die Deffenlichkeit jedoch hat ein Gefühl der Unsicherheit. Ist es möglich, daß in so einflussreichen Geldinstituten Beamte auf eigene Faust Geldpolitik betreiben? Es ist nun wirklich an der Zeit, daß die Leitung der preussischen Staatsbank mit einer klaren und ungeschminkten Darlegung ihrer Kreditpolitik im Laufe des Jahres 1924 hervortritt, um die Unruhe in der Deffenlichkeit zu zerstreuen.

## Kutischer-Staatsbank / Altes Regime.

Ein deutschnationales Panama.

Der Rechtspreffe ist die Verhaftung von leitenden Beamten der Preussischen Staatsbank im Fall Kutischer sehr unangenehm. Sie versucht für die Korruptionsaffäre das Ostjudentum als solches und die „Ostjudenpolitik“ der Linksparteien verantwortlich zu machen. Die verhafteten Beamten werden als die unschuldigen Opfer des gerissenen Ostjuden Kutischer hingestellt. Der „Tag“ bemerkt in diesem Zusammenhang:

„Wenn die politische Rechte erklärt, daß es ihr vor allen Dingen darauf ankomme, den Staat sauber zu machen, so haben wir hier ein typisches Beispiel dafür, was gemeint ist.“

Ein nettes typisches Beispiel! Wer hat denn in diesem Fall den Staat beschmutzt? Die verhafteten leitenden Beamten und der für den Skandal verantwortliche Präsident der Seehandlung sind samt und sonders Beamte des alten Regimes, das heißt Persönlichkeiten, die nicht aus dem Osten, sondern aus der nächsten Umgebung der Deutschnationalen Partei stammen. Die Preussische Staatsbank, ein in sich geschlossenes Institut, untersteht dem Finanzminister Dr. Richter, nicht nur Mitglied der Deutschen Volkspartei, sondern auch ehemaliger Finanzminister im Herzogtum Coburg-Gotha. Man hat in der Staatsbank einen Apparat vor sich, der aus der kaiserlich-königlichen Zeit übernommen wurde und dessen verantwortliche Männer ohne Ausnahme Fachbeamte alten Stils sind. Sie waren unter sich. Sie hatten mit den „neuen“ Männern nichts zu tun. So wenig, daß sie in der Epoche ihrer großzügigen Kreditgewährung dem preussischen Staat einen Kredit versagten und ihn so in die Zwangslage verfehen konnten, einen Teil seines Aktienbesitzes zu verpfänden.

Wenn also die politische Rechte einen Versuch der Säuberung des Staates unternehmen will — in der Tat, das Beispiel Staatsbank ist typisch dafür, wo der Anfang zu machen ist.

Aber die Deutschnationalen verstecken sich hinter Kutischer. Ohne den Fall Kutischer kein Fall Staatsbank, sagt der „Tag“ und fügt hinzu:

„Es laufen aber heute in Berlin noch Hunderte solcher Käseherren herum. Sie wohnen in den besten Villen und fahren in den elegantesten Autos. Sie haben ihre Beziehungen und spotten der Hemmungen, die Gesetz und Anstand dem wohlgefassten Bürger auferlegen. Ein großer Teil der zu diesem Kattenkönig unsauberer Geschäfte gehörenden Personen sind Ausländer. Sie stammen größtenteils aus dem Osten. Ihre Protektoren sind seit Jahren die Linksparteien gewesen.“

Halten wir uns an konkrete Tatsachen und bleiben beim Fall Kutischer. Wer waren seine Protektoren — die Linksparteien oder die Fachbeamten alten Stils aus der Staatsbank? Wer hat die Geschäfte Kutiskers besorgt — die Linksparteien oder Fachbeamte alten Stils mit deutschnationaler Färbung? Und wem verdankt Kutischer sein Vermögen? War

er nicht der Heereslieferant der Baltikumer? Stammt sein Aufstieg nicht aus diesen Tagen? Aber damals hörte man kein Wort von dem gerissenen Ostjuden Kutischer und einer verfehlten Ostjudenpolitik. Die deutschnationale Presse hat diese Argumente erst heute entdeckt, um ein deutschnationales Panama zu verdecken. Sie mag es halten nach Belieben. Ein besonders gutes Zeugnis stellt sie aber weder sich selbst, noch den deutschnationalen Fachbeamten der Kaiserzeit aus, wenn sie für ihre Unfähigkeit und Haltlosigkeit die Linksparteien und die Republik verantwortlich macht. Sie gesteht damit lediglich, daß Männer ihres Schlages den Anforderungen der Nachkriegszeit nicht gewachsen sind.

## Die Verhaftungen in der Staatsbank.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Zu den durch die Presse gegangenen Mitteilungen über neue Verhaftungen im weiteren Verlaufe der Untersuchung des Falles Kutischer ist mitzuteilen, daß die Verhaftung des Geheimen Finanzrats Dr. Kühne wegen des Verdachts der Untreue gegen die Preussische Staatsbank erfolgt ist. Der früher erwähnte Schiedsrichter, an dem Geheimrat Kühne beteiligt gewesen ist und aus dem er ein hohes Honorar bezogen hatte, hat bei dieser Verhaftung keine Rolle gespielt. Die Verhaftung ist vielmehr erfolgt, weil gegen Geheimrat Kühne der Verdacht besteht, daß er außerordentlich hohe Kredite an verschiedene Persönlichkeiten, darunter an die Familie Kutischer, bewilligt habe. Was die Verhaftung der Beamten Bloßow und Kersten anbelangt, so ist daran zu erinnern, daß diese beiden zu den drei Beamten gehören, von denen gleich zu Beginn der Untersuchung durch das Finanzministerium mitgeteilt wurde, daß sie bereits vor einigen Monaten von der Direktion der Staatsbank aus eigenem Entlassen waren. Jetzt steht lediglich die kriminelle Verfolgung dieser Beamten ein.

## Oder was sonst?

Eine Frage und keine Antwort.

Am Sonntag ist hier ausgeführt worden, daß es notwendig werden würde, mit der Entente über die Frage zu verhandeln, wann und unter welchen Bedingungen die Kölner Zone geräumt werden sollte. Es wurde die Frage aufgeworfen, was denn sonst geschehen könnte, wenn man diesen Weg für ungangbar hielt.

Die deutschnationale Presse unterläßt es, diese Frage zu beantworten und zieht es vor, ihren Lesern klarzulegen, daß der „Vorwärts“ ein niederträchtiges Blatt ist, das immerzu nur die Unterwerfung, die Kapitulation Deutschlands vor seinen Feinden betreibt. Das aber haben die Leser der deutschnationalen Presse schon so oft gelesen, daß man die Wiederholung füglich auf einen weniger ernsten Zeitpunkt hätte verschieben dürfen.

Es geht jetzt um die verteuerteste Frage, ob etwas getan werden kann, um die Räumung der Kölner Zone mit einer möglichst kurzen Verzögerung dennoch zu erreichen, und was dazu getan werden kann. Wir haben einen Weg gezeigt, der uns noch gangbar scheint, sind aber gern bereit, uns eines besseren belehren zu lassen. Ein besserer Weg ist es aber sicher nicht, wenn man den Bericht der Militärkontrollkommission, noch bevor man ihn kennt, als eine Sammlung von Lügen bezeichnet und sich im übrigen auf Proteste beschränkt, die zwar das aus der ganzen Situation von selbst Gegebene sind, aber leider keinen Schritt weiterführen.

Jedermann sieht oder sollte sehen, daß die französische Rheinpolitik, deren Träger nicht die Regierung Herriot, sondern die Opposition gegen sie ist, eine Entscheidungsschlacht kämpft. Sie hat von der konservativen englischen Regierung und den Militärsachverständigen Unterstützung erhalten und hofft, mit dieser Unterstützung die französische Regierungspolitik endgültig in ihre Bahn drängen zu können. Einen beträchtlichen Anfangserfolg hat sie schon erzielt.

Diese französische Rheinlandpolitik, die Politik des bloc national, führt jetzt in der ganzen Welt einen ungeheuren Propagandafeldzug. Sie will nicht nur dem französischen Volk, sondern allen Völkern der Welt die Ueberzeugung bei-

bringen, daß Deutschland insgeheim und vertragswidrig ungeheure Kriegsrüstungen betreibt und daß es daher, vom französischen Standpunkt aus, Landesverrat sei, die militärische Rheingrenze aufzugeben.

Diesem geschickten und gefährlichen Propagandafeldzug wird man nicht begegnen können, indem man ihm immer nur das stereotype Wort „Lüge! Lüge!“ entgegensetzt. Sondern es wird notwendig sein, die Behauptungen der Gegenseite sachlich zu prüfen, man wird Bereitwilligkeit zeigen müssen, Abhilfe zu schaffen, sofern sich jene Behauptungen in irgendeinem Punkte als berechtigt herausstellen sollten. Man wird mit einem Wort den Weg der Verhandlungen beschreiten müssen, um durch Aufklärung von Mißverständnissen und Abstellung etwa berechtigter Beschwerden eine für Deutschland günstige Lage zu schaffen, die französischen Anhänger der Dauerbesetzung matt zu setzen und die Räumung zu erwirken.

Diesem Weg wird jede deutsche Regierung beschreiten müssen, die sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, zur Versäufungspolitik zurückgekehrt zu sein und deutsches Land leichtfertig preisgegeben zu haben. Wenn die deutschnationale Presse den Kampf für die Befreiung der besetzten Gebiete mit propagandistischen und diplomatischen Mitteln als „Kapitulation“ und „Unterwerfung“ bezeichnet, so zeigt sie damit nur, daß sie mit deutschnationalen Ministern für die nächste Zukunft nicht rechnet und daß sie eine Zweidrittelmehrheit zur Unterstützung einer zwar nicht deutschnationalen, aber national deutschen Politik nicht für notwendig hält. Das Schauspiel des 29. August würde sich sonst sehr rasch wiederholen.

## Die Schwurzeugen.

Deutschnationales Lob für das Magdeburger Gericht.

Nirgendwo hat das Urteil des Schöffengerichters von Magdeburg Anhang oder auch nur Verständnis gefunden. Selbst die Presse der Deutschen Volkspartei mußte entrüstet dagegen Stellung nehmen. Einer der Angelegenen unter den Volksparteilern, der Geheime Justizrat Kahle, hat nicht nur in einem Aufsatz das Urteil als „unbegreiflich“ bezeichnet, sondern auch ausdrücklich die Gelehrtenklärung an den Reichspräsidenten mit unterzeichnet, die wir im letzten Abendblatt zum Ausdruck brachten.

Der Schöffengericht von Magdeburg stünde ganz isoliert, wenn nicht die Deutschnationalen ihm zu Hilfe eilten. Vor allen anderen natürlich die „Deutsche Zeitung“. Kein Wunder, denn der Landgerichtsdirektor Bowersdorff hat sich in einem unbewachten Augenblick während der Gerichtsverhandlung selbst als Leser der „Deutschen Zeitung“ bekannt! Die Bestimmungsgemeinschaft zwischen diesem Blatte und dem Tendenzurteil von Magdeburg findet also eine leichte Erklärung. Es wird harmlose Leute geben, die der Meinung sind, ein Richter, der die „Deutsche Zeitung“ liest, hätte sich selbst als befangen bezeichnen müssen. Aber das beruht auf einem Irrtum. Denn ein deutscher Richter, und wenn er selbst der eingeleitetste Monarchist wäre, wird sich nie befangen fühlen, wenn zufällig Republikaner vor seinem Richterstuhl Recht suchen. Vielsache Urteile in politischen Prozessen beweisen das!

Nun hat sich aber noch ein Verteidiger des Gerichts gefunden in der Person des deutschnationalen Rechtsanwalts und Reichstagsabgeordneten Friedrich Everling (nicht zu verwechseln mit seinem volksparteilich-theologischen Namensvetter!). Dieser Mann hat vor manchen seiner Bestimmungsgenossen etwas voraus: Er hat nämlich als Anwärter im Dienst des Auswärtigen Amtes den Eid auf die Verfassung geschworen und ist deshalb — wie er im Reichstagshandbuch verzeichnet — aus dem Vorbereitungsdienst entlassen worden. Seit der Zeit hat er begreiflicherweise eine besondere Hochachtung vor der Republik und bringt sie gelegentlich in der „Kreuzzeitung“ zur Kenntnis.

Friedrich Everling, M. d. R., wendet sich mit besonderer Entrüstung gegen die Kundgebung des Reichskabinetts an

## Carl Spitteler.

Im 80. Lebensjahre ist der Schweizer Dichter Carl Spitteler gestorben. Er war ein großer Mann, ein Denker und Former von Qualitäten, wie die deutsche Dichtung in den letzten Jahrzehnten keinen mehr besaß. Der Mann, der noch mit Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer vertraut gewesen war, ging aber in seinen Anfängen schon ganz selbständige Wege. Er ließ sich nicht beirren, wie so viele seiner helvetischen Landsleute, durch die weise und anmutige Realistik, deren Meister Gottfried Keller geworden war. Er stellte sich auch nicht als Trabant hinter Konrad Ferdinand Meyer, indem er bei den Gestalten einer übermenschlichen Renaissance geistige Befruchtung suchte. Man hat es mit einer gewissen Schadenfreude bemerkt, daß Spitteler gleich in seinem ersten Werke, in dem Epos „Prometheus und Epimetheus“ in die Reihen hinausstieg und jenen Uebermenschlichen formte, dem Friedrich Nietzsche nach Spitteler erst philosophische Würde verlieh. Als dieser Vorgänger des großen Einsiedlers von Sils Maria gilt Spitteler noch bis zum heutigen Tage.

Der Mann, der jahrzehntelang in der Zeitungsredaktion saß und krummschreibende Feuilletons zurechtstufte, war ein heller kritischer Kopf und ein lachender Moralist. Wenn er aber rückwärts wanderte, in die antike Mythologie und im „Olympischen Frühling“ die mächtigen hellenischen Göttergeschichten in kunstvollsten Reimen und eigenwilligen Strophen sang, dann vermochte er all seine Bildung und klassische Befessenheit auszuschalten. Gewiß, er ging in diesem Riesenwerk, das auch von dem Besten arbeitssame Vertiefung forderte, sehr herbe, man möchte sagen schwyzerisch derb mit den Unsterblichen des Götterberges um. Aber gerade diese Reuschöpfungen der antiken Sagenwelt durch einen Mann, der tagtäglich in seinen helvetischen Bergen das Werden und Verfließen der Jahreszeiten beobachten konnte, der sich von Kindheit an vertraut gemacht hatte mit Wäldern und Firnenhöhen und verschmelzen Zaubersandsteinen, bietet den unendlichen nationalen Reiz. Spitteler war ein Schweizer Dichter und darum auch ein deutscher Dichter. All seine Lyrik, seine beschreibenden „Glockenlieder“ und seine „Schmetterlingsgedichte“ sind solcher Naturbetrachtung gewidmet. Ein Wanderer dichtet, der Halt macht bei Felsgraten und schroffen Urgesteinwänden und auf Klüften und an murmelnden Quellen und an breiten Seen, die im Sommer von der Sonne überglutet werden und die im Herbst Gespinnstwebel zu den Wolken aufsenden.

Der heitere Moralist und tief sinnige Epiker war der schärfste und getreueste Kritiker der Natur.

So genoß er bis 1914 in Deutschland großen Ruhm. Man ehrte ihn, ohne daß man sich sehr zärtlich mit ihm befreundete. Seine Lyrik war wohl zugänglich, aber das so eigenartige Epos vom „Olympischen Frühling“ wurde kaum volkstümlich. Es sei mir gestattet, in diesen Totenspruch eine Erinnerung einzufügen: Ich hatte

im „Literarischen Echo“ festgestellt, daß unsere Zeit nicht mehr die festgehämmerte, in unveränderter Form dahinströmende gereimte und ständerte Epik vertrüge. Ich halte damals auch den „Olympischen Frühling“ eine kostbare Kunstleistung genannt, wohl wert der bewundernden Andacht, aber wohl niemals dazu berufen, Eigentum des Volkes zu werden. Da wehrte sich Spitteler. Er meinte, daß ihm Unrecht geschähe, er selbst glaube, daß er ein sehr volkstümliches, den Nibelungen oder „Hermann und Dorothea“ oder dem antiken Homer vermandtes Epos gedichtet habe.

Er war überhaupt ein streitbarer Herr, „urthig“, wie der Schwyzer sagt, d. h. dickköpfig, wenn man nicht seines Willens und Denkens war. So stellte er sich gleich zu Anfang des Weltkrieges gegen Deutschland, dem er schließlich doch seinen besten Namen verdankte. Das Unrecht, das an Belgien begangen wurde, konnte er nicht verschmerzen, und darum glaubte er auch alles andere, was gegen Deutschland in seiner schweizerischen Heimat geredet und geschrieben wurde. Damals machten die Franzosen sich ein Fest daraus, daß sie ihn nach Paris einluden, um ihm einen Lorbeer zu schenken. Nun, der Lorbeer sollte dem Poeten gelten, aber der Politiker hat ihn nur empfangen. Denn den Franzosen blieb das Spittelerische Genie noch unverständlicher als den Deutschen außerhalb der Eidgenossenschaft.

Spitteler war ein Dichter, der nicht lange hassen konnte. Sein gesundes Empfinden führte ihn bald wieder nach Deutschland zurück. Max Hochdorf.

## Die Frösche und die Teichrose.

Ein kleiner Teich beherbergte seit undenklichen Zeiten ein Volk von Fröschen. Im Winter, wenn das Wasser mit Eis bedeckt war, schliefen sie starr und leblos im Schlamm. Im Sommer saßen sie, schon nach Alter und Ansehen geordnet, zwischen den Gräsern und dem Schilf des Ufers. Die halbe Sommernacht hindurch ertönte ihr vielstimmiges Gequatsch, das ihnen viel schöner erschien als der Gesang der Dornvögel und der Nachtigall. Nichts störte ihr Glück, und keiner von ihnen wünschte eine Aenderung in der althergebrachten Teichordnung.

Da machte man eines Tages die Entdeckung, daß sich aus dem Moder des Grundes etwas zartes Grünes hervorhobte und in raschem Wachstum zur Oberfläche emporstrebte. Die Fröschengilde schüttelte die dicken Köpfe, sie konnten sich den Vorgang nicht erklären. Das ganze Büschchen verhielt sich mißtraulich abwartend.

Das seltsame Gebilde war mittlerweile am Wasserspiegel angelangt und entfaltete dort mehrere große, grüne Schwimmblätter, die mit ihren feinen Poren freudig die frische Luft einatmeten. Das war den Fröschen denn doch zu dumm, seit Fröschgedanken war so etwas nicht dagewesen. Doch die Erregung steigerte sich zur Empörung, als sich zwischen den Blättern eine runde Knospe aufstalt und eine große, weiße Blüte zur Sonne emporblähte. Würdte der Eindringling es wagen, ihren lieben, alten Teich so zu verunstalten!

Es wurde sofort eine Versammlung aller national gesinnten

Frösche, aller derer einberufen, denen die Erhaltung der geheiligten Lichttradition am Fröschherzen lag. Man faßte den Beschluß, sofort Schmutz und Moder, als nur in aller Kräfte stand, vom Grunde aufzuwühlen, um die unverfälschte Blume damit zu überdecken und zu ersticken.

Jeder wühlte mit dem größten Eifer, denn die Ehre des ganzen Staates stand auf dem Spiel. Das Wasser wurde derartig trübe und stinkend, daß niemand seinen Nebenmann mehr erkennen konnte. Viele blühten ihre Vaterlandsliebe mit dem Leben, sie ersticken im eigenen Dreck. Doch der Erfolg blieb aus.

Das Wasser blieb zwar einem dicken Moder, über ihm aber leuchtete die Teichrose in unverminderter Schönheit. Man erkannte allmählich die Ruhlosigkeit einer Aufsehung gegen die neue Erscheinung. Da, man wurde noch klüger. Es sprach sich herum, daß man auf den großen Blättern vortrefflich sitzen könne. Nur einige alte Patrioten murrtten noch gegen die neumodische Einrichtung. Das kam aber daher, weil sie keinen Platz mehr dort oben fanden.

Adolf Lehner.

## Masseoli.

Von Hans Besemann, Rom.

„Ecco il lungo Tevere Arnaldo da Brescia“, sagt der Betturino und zeigt mit der Peitsche nach einem graueisenen Brückengeländer, das sich am hohen Ufer des Tiber hinzieht. Es ist eine Brücke von der Art, wie es so viele in Rom gibt. Alle reichen sie in einem geraden Bogen von einem Ufer zum anderen, und wenn du auf ihrer Mitte stehst, so steigt vor dir die Kuppel von St. Peter empor, ein goldener Ball, der der Erde aufschweben möchte. Wendest du dich dann zurück, so kommt dir der Fluß entgegen, eingerahmt von Bäumen und Gärten, und ganz fern schließen die Sobiner Berge das Bild ab.

Aber du blickst nicht hin auf alle diese Bilder, wenn du an dieser Brücke vorbeikomst, wo die Röder über ihn hergefallen sind. Du siehst schwarze Kreuze auf den Stein gemalt und darunter stehen Namen. Die Faltschen haben hier in höhnendem Troste ihre Helden verewigt, und eine grünweihrote Plakette ist herausfordernd danebengeklebt. Das Rot ist ein wenig verwachsen und an der Mauer herabgesickert. Man könnte meinen, es wäre Blut.

—TOT— steht noch an der einen Stelle. Die Röder haben den Namen weggekratzt, aber er bleibt nun gerade um so auffälliger stehen. Die beiden Carabiniere, die das böse Gewissen des Fazio als Posten dort hingestellt hat, stehen umsonst, denn es ist hier sehr still, und niemand kommt, um am Grabe des toten Volkshelden zu demonstrieren. Mussolini kann ruhig schlafen. Nur ein kleiner Blumenstrauß liegt an der Mauer, wie ihn arme Leute zu schenken pflegen, und ein alter Mann zupft an seiner Kappe, als er seinen mit Steinen beladenen Karren vorbeiführt.

Drüben in der Vecchia Roma (Altstadt) schlägt eine Uhr die Mittagsstunde. Leise kommt das Echo den Fluß hinaufgezogen. Man hört es ganz deutlich, als riefen ferne Stimmen — Masseoli — Masseoli. Aber es kommt keine Antwort.

Ich fühle den mißtrauischen Blick des einen Carabiniere auf mir und gehe, ohne zurückzuschauen, der Stadt entgegen.

den Reichspräsidenten, insbesondere gegen die Wendung, daß die Minister „einmütig, ohne Unterschied der Parteistellung, die Überzeugung haben, daß Ihre Tätigkeit stets dem Wohl des Deutschen Vaterlandes gegolten hat“.

Stets! Das Wort hat besonders getroffen. Also auch im Januar 1918 und in Treptow! Der Eiderweigerer traute seinen Augen nicht, als er dies las. Deshalb begehrt er eine Torheit, wie sie selbst in deutschnationalen Blättern selten ist. Er schreibt:

Ist dieser Satz mehr als eine Fahrlässigkeit, so bedeutet das in persönlicher Beziehung, daß die augenblicklichen Minister des Verhältnisses des Herrn Ebert billigen. Sie billigen auch die Rede, die er damals aus nachliegenden Gründen in einem Milieu hielt, dessen Vertreter, die Zeugen Syrig und Gobert, wegen erheblicher Verstöße als unglaubwürdig erachtet wurden.

Aber, aber, Herr Evertling! Was soll dazu der Pastor Koch sagen, der mit diesem Syrig ein feierliches Protokoll aufnahm und ihn dem Gericht übermittelte? Was soll dazu die deutschnationalen Presse sagen, die diesen Syrig und diesen Gobert als „einfache aufrechte Männer“ feierte, bis der Spieß zusammenbrach? Jetzt sollen sie das „Milieu“ darstellen, in dem Ebert sich damals bewegte. Ist das bloß eine Entgeißelung oder bewußte Verdrehung durch den republikfeindlichen „Anwalt des Rechts“?

Man ist geneigt, das letztere anzunehmen, wenn man weiter liest, daß Evertling wider die Wahrheit dem Reichspräsidenten nachredet, er habe sich „entgegen der Verfassung immer noch nicht dem Volke zur Wahl gestellt“. Auch ein deutschnationales Reichstagsmitglied muß wissen, daß der Reichspräsident wiederholt und immer dringender auf die Freisetzung des Wahltermins gedrängt hat und daß er nur dem Wunsche der Reichstagsparteien, insbesondere der Volkspartei, folgend, aus außenpolitischen Gründen sich bewegen ließ, das von der Zweidrittelmehrheit des Reichstags beschlossene Gesetz anzuerkennen, wonach er bis Ende Juni 1925 verfassungsmäßig — nicht nur provisorischer — Reichspräsident ist.

Dr. Evertling weiß das. Er behauptet das Gegenteil. Das kennzeichnet das Milieu, in dem er sich gegenwärtig befindet, nämlich das des Syrig und des Gobert, der deutschnationalen Kronzeugen von Magdeburg!

## Das Magdeburger Fehlurteil.

Neue Vertrauenskundgebungen an den Reichspräsidenten  
Dem Reichspräsidenten telegraphierte Gerhart Hauptmann aus Rapallo:

„Lassen Sie mich Ihnen hochverehrter Herr Reichspräsident, sagen, nicht nur wie tief und herzlich ich Sie verehere, wie sehr ich durchdrungen bin von dem hohen Werte Ihres Wirkens für die Nation, und wie vollkommen ich alles verehere, was den Widerspruch wagt, Ihr warmes deutsches Herz zu verdächtigen. Mit wärmsten Neujahrswünschen Gerhart Hauptmann.“

Die badische Regierung hat dem Reichspräsidenten folgendes Telegramm zugehen lassen:

„Die badische Staatsregierung tritt der Kundgebung der Reichsregierung bei; unsere Hochachtung Ihrer Persönlichkeit und Ihres Wirkens ist durch den Fehlspruch von Magdeburg überschattet und braucht das Urteil der Geschichte nicht erst abzuwarten.“  
Dr. Heilpach, Staatspräsident.

Unter den zahlreichen weiteren Kundgebungen befinden sich auch Telegramme des neugewählten Ersten Bürgermeisters von München und des Deutschen Vereins in Kristiani.

## Unentwegt Zollwucher!

Die Krise der Landwirtschaft hat sich bereits zu lösen begonnen. Das Mißverhältnis zwischen den Preisen von Industriewaren und den Preisen von Agrarprodukten ist durch die Angliederung der Getreidepreise an die Weltmarktpreise fast völlig behoben. Trotzdem schreiben die Großagrarien nach wie vor nach dem Hochschutzzoll für Getreide. In einem Bericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern über die Lage der pommerschen Landwirtschaft heißt es:

Die „Salome“-Aufführung in der Oper am Königsplatz. Die Intendanz der Staatsoper teilt uns mit: Die vorgestrichene „Salome“-Vorstellung in der Staatsoper am Königsplatz konnte wegen Versagens des eisernen Vorhangs nicht wie angekündigt durchgeführt werden; als Ersatz wurde neben anderen Orchesterwerken von Richard Strauß der Schlußgong der Salome durch Barbara Kemp zum Vortrag gebracht. Unter diesen Umständen hat sich die Generalverwaltung entschlossen, denjenigen Besuchern, welche mit der reiflichen Aufführung der „Salome“ gerechnet haben, das Eintrittsgeld zurückzuführen. Die betreffenden Besucher werden gebeten, in den nächsten drei Tagen unter Rückgabe des Abschnitts der Eintrittskarte die zurückzuerstattende Summe bei der Opernkasse, unter den Linden, in der Zeit von 10—1 Uhr in Empfang zu nehmen. Dies bezieht sich im übrigen nicht auf die Mitglieder der Besucherorganisationen, mit welchen ein besonderes Abkommen getroffen werden wird.

See-Erholungsstellen für deutsche Seefahrer. Um den deutschen Seefahrern wiederum die Möglichkeit einer Erholung durch eine Seereise zu verschaffen, hat ein geschäftsführender Ausschuss mit dem Norddeutschen Lloyd ein Abkommen getroffen, durch das der Norddeutsche Lloyd unter Verzicht auf Verdienst den Doppeldecksdampfer „Rühm“ (9000 Tonnen) für eine Fahrt von Bremerhaven über Madeira nach Teneriffa und über Cadix, Ceuta, Oporto nach Bremerhaven zurück zur Verfügung stellt. Die Fahrpreise, in die auch die Beförderung von Bremen nach Bremerhaven, von Cadix nach Sevilla und von Ceuta nach Tetuan eingeschlossen ist, sind günstig bemessen. Die Reiseleiter haben außer dem Fahrpreis nur Getränke und Trinkgelder zu bezahlen. Nähere Auskunft erteilt das Sekretariat des Ausschusses, Frau von Hopfgarten, Charlottenburg, Kirchenallee 1. Rückporto ist bei Anfragen beizuschließen. Die Fahrt soll am 3. März beginnen und am 30. März enden.

Ein Wörterbuch, an dem 68 Jahre gearbeitet wurde. Das Wörterbuch der Universität Oxford ist nunmehr fertiggestellt worden, nachdem man nicht weniger als 68 Jahre ohne Unterbrechung daran gearbeitet hat. Die Vorarbeiten wurden im Jahre 1857 von der Philologischen Gesellschaft der Oxford-Universität begonnen. Während der ersten zwanzig Jahre schritten die Arbeiten nur langsam vorwärts, bis die Drucker Clarendon die Verantwortung für die Herausgabe übernahm und auf beschleunigtes Tempo der Redaktionsarbeit drängte. Das Wörterbuch besteht aus 39 652 Spalten, die, aneinander gereiht, 9 Kilometer lang wären. Es weist 4 443 264 Druckzeilen auf und der Text besteht unter Abrechnung der Interpunktionen aus 100 482 296 Schriftzeichen und Zahlen.

Die Gemäldegalerie Carl Nicolai. Viktorias, 26 a, eröffnet am 2. Januar eine Kollektionsausstellung von Werken des Münchener Malers Hans C. I. Reichenhuet, welche speziell Landschaftskompositionen in Aquarell- und Ölmalerei zeigen wird.

Dr. Ernst Debingler, Professor der Pathologie, Anatomie und Histologie und Direktor des pathologischen Instituts der Universität Zürich, ist im 54. Lebensjahre an einem Gehirnanfall in München, Berlin und Bern und wirkte u. a. auch in verschiedenen Kliniken in Bern und Königsberg.

„Was die Frage des landwirtschaftlichen Schutzzollens betrifft, so haben die in die Berichterstattung folgenden Preischwankungen auf dem Getreidemarkt die Auffassung laut werden lassen, angefaßt der jetzigen Getreidepreise erübrige sich ein Schutz der Landwirtschaft durch Schutzoll. Abgesehen davon, daß die vorübergehende hohe Getreidepreise nicht der Landwirtschaft, sondern in erster Linie dem Handel zugute gekommen sind, ist von der Landwirtschaft immer betont worden, daß Zollpolitik eine Politik auf weite Sicht wäre, das Urteil für oder gegen den Schutzoll also nicht durch vorübergehende Preischwankungen auf dem Markt beeinflusst werden dürfte. Die Landwirtschaft hat ferner keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Schutzoll kein Allheilmittel ist. Solange aber umfassendere Maßnahmen nicht durchgeführt werden, hält die Landwirtschaft ihre Forderung nach Schutzoll aufrecht, um so mehr, als er unter den heutigen Verhältnissen in hervorragendem Maße dazu beiträgt, den starken Inlandsmarkt zu schaffen, den die Industrie als Ersatz für endgültig verlorene Auslandsmärkte — daran ändert auch nichts die Stellung des Vereins für Sozialpolitik — braucht.“

Um Begründungen sind die Agrarier nie verlegen. Im Sommer schrien sie: schafft sofort Schutzoll, denn nur der Schutzoll kann uns rasch aus der akuten Krise retten. Jetzt ist die Krise überstanden, nun heißt es: Schutzollpolitik ist Politik auf lange Sicht. Schafft durch Schutzoll den „starken Inlandsmarkt“. Immer aber handelt es sich darum, durch eine Belastung der Lebenshaltung des gesamten Volkes die Einkommensverteilung zugunsten der Großagrarien zu verschieben. Daß darunter die Kaufkraft der breiten Massen leidet, daß ein großer Teil der Industrie dabei der Krise und der Beschäftigungslosigkeit erliegen muß, und daß die Hochschutzzollpolitik uns den Weltmarkt versperert — das ist nicht die Sorge der Großagrarien. Ihnen genügt es, ein neues Schlagwort, das Schlagwort vom „starken Inlandsmarkt“ gefunden zu haben, mit dem sie das neue Solidaritätssystem der Hochschutzzöllner in Landwirtschaft und Industrie einleiten wollen. Nur wird bei dem „starken Inlandsmarkt“ der Großagrarien ein guter Teil der deutschen Industrie vor die Hunde gehen, und die Arbeiter ins Heer der Arbeitslosen.

## Wenn der Bürgerblock regiert.

### Sozialistenabbau in Braunschweig.

Braunschweig, 29. Dezember. (Tl.) Die neuen Minister Marquardt, Bieff und von Grono haben heute ihre Geschäfte übernommen. Regierungsrat Dr. Voigt vertritt den bis auf weiteres „beurlaubten“ Oberschulrat Dr. Stoelzel, der vom Vorsitzenden des Staatsministeriums folgendes Schreiben erhielt: „Im Hinblick auf die gegen Ihre Amtsführung vorliegenden schweren Bedenken ist die einstweilige Einstellung jeder Amtsausübung durch Sie bis nach erfolgter Durchführung einer eingehenden Prüfung Ihrer gesamten Tätigkeit im dienstlichen Interesse geboten. Demgemäß beurlaube ich Sie bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung sowohl als Referent für das höhere Schulwesen, wie als Leiter des Landes Schulamts. Weitere Maßnahmen bleiben vorbehalten.“ Auch das Presseamt, das bisher von einem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten geführt wurde, ist bis auf weiteres aufgehoben worden.

Genosse Dr. Stoelzel hat über vier Jahre das höhere Schulwesen Braunschweigs mit bestem Erfolge geleitet und seit Ostern 1921 bereits die Umwandlung der früheren Gymnasien des Landes in Reformanstalten durchgeführt. Trotzdem wird er „beurlaubt“. — Bürgerblockpolitik!

## Landtagsbeginn in Hessen.

Darmstadt, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag trat der neugewählte hessische Landtag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Als Vizepräsident eröffnete Staatspräsident Genosse Ulrich die Sitzung. Er wies in seiner Begrüßungsansprache auf die schwierige Lage Hessens hin, das zur Hälfte besetzt sei, und wünschte, daß der neue Landtag die schwierigen Fragen, die ihm gestellt werden, im Interesse des hessischen Landes lösen möge. Als Landtagspräsident wird auf Vorschlag des Bauernbundes Genosse Udelung zum drittenmal von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gewählt. Genosse Udelung dankt für das Vertrauen und weist ebenfalls auf die schwierige außenpolitische Lage hin. Als Vizepräsidenten werden Ruh (3.) und v. Helmelt (Bauernbund) gewählt. Die bisherige Geschäftsordnung wird vorläufig beibehalten. Von den Kommunisten wird die Geschäftsordnung als den demokratischen Grundföhen widersprechend abgelehnt. Das ruft allgemeine Heiterkeit im Hause hervor.

## Bayerns Konkordat.

### Zugeständnisse an die Deutschnationalen.

München, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Schicksal des Konkordats und der evangelischen Kirchenverträge, die für Bayern eine politische Frage ersten Ranges sind, hängt ausschließlich von der Entscheidung der Deutschnationalen ab. Entgegen der ursprünglichen Annahme, daß sich die Deutschnationalen dem Willen der Bayerischen Volkspartei bedingungslos unterstellen würden, bleiben sie nunmehr doch auf dem Einwand bestehen, daß das Konkordat in seiner allgemeinen Fassung der Regierungsvorlage im späteren Zeiten unter Umständen zu einer einseitigen Verankerung der katholischen Kirchenmacht im Staate führen könnte, und um das zu verhindern, erscheint es ihnen notwendig, den eng begrenzten Sinn des Konkordats im Rahmen der bisher unerbundenen Regierungserklärungen gesetzlich festzulegen. Die Regierung held hatte sich bei den Landtagsverhandlungen diesem Vorschlag aufs heftigste widersetzt. Nach Rücksprache mit der Kurie durch den Runtius Pacelli scheint jetzt aber doch eine Formel gefunden zu sein, die den deutschnationalen Sicherheitsansprüchen entgegenkommt. Der Inhalt dieser Sicherheitsansprüche bezieht sich hauptsächlich auf den Vorrang der Reichs- und Landesverfassung und künftigen Reichsgesetze gegenüber den Kirchenverträgen sowie auf die Fortgeltung des bisherigen bayerischen Schulaufsichtsgesetzes. In welcher Form diese Sicherheitsansprüche gesetzlich verankert werden, ist weiteren Verhandlungen vorbehalten. Durch diesen Kompromiß ist die Gefahr einer schweren politischen Krise in Bayern, die unter der Parole „Die Religion ist in Gefahr!“ ausgelöst worden wäre, ausgeschaltet.

## Poehners Festungshaft.

München, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine ärztliche Sachverständigenkommission hat vor einiger Zeit die Haftfähigkeit Poehners festgestellt. Dieser muß nunmehr am 1. Januar 1925 seine Festungshaft in Landsberg antreten. Seine Strafsache bekanntlich auf fünf Jahre, wovon er aber nur sechs Monate absitzen braucht, da das Urteil ihm wie den übrigen Hochverrätern des Hitler-Putsch für vier Jahre sechs Monate Bewährungsfrist eingeräumt hat. In den Kreisen um Poehner hatte man nicht zuletzt infolge seines Uebertritts zu den Deutschnationalen damit gerechnet,

daß auch Poehner von der letzten Begnadigungsaktion der bayerischen Regierung mit betroffen werde. Das Justizministerium hielt aber an der Auffassung fest, daß jeder Verurteilte mindestens einen Teil seiner Strafe zu verbüßen habe, so daß also damit zu rechnen ist, daß Poehner nach wenigen Monaten Festungshaft in Landsberg wieder freigelassen wird.

## „Nationale“ Korruption.

### Schwerer Amtsmißbrauch durch Deutschnationalen.

Aus Halle wird uns geschrieben: Die letzte Stadtverordnetenversammlung erbeute mit einem ungeheuren Skandal für den nationalistischen Block, da die Sitzung zur Aufdeckung eines kaum glaublichen Korruptionssumpfes führte, in dem eine Anzahl „gut nationaler“ Männer bis zum Halbe fielen.

Aus der Versammlung wurde an den Magistrat eine Anfrage über angeblich ungebuchte Kohlenlieferungen aus den städtischen Gruben gerichtet. Dieser verlangte daraufhin eine geheime Sitzung. Als das die Versammlung ablehnte, gab der Magistrat zunächst in gemündener Form zu, daß eine Anzahl „Unkorrektheiten“ vorgekommen seien. Daraufhin protestierte eine Anzahl wichtiger Anfragen auf die Schuldigen ein. Nach dem vorliegenden Bericht hat der gut „nationale“ städtische Grubendirektor eine Anzahl Kohlenfuhrer gratis an getreue Nachbarn usw. gelangen lassen. So erhielten viele einflußreiche Personen ganze Kohlenfuhrer unverbucht und ohne Bezahlung, angeblich um sie zur Abnahme größerer Posten für Betriebe geneigt zu machen. Weiter erhielt der Bahnhofsvorsteher eines Vorortes mehrere schwere Fuhrer gleichfalls ohne Bezahlung; dem deutschnationalen Stadtverordneten Professor Steinbrück wurde unverbucht und gänzlich kostenfrei die Kleinigkeit von 56 Zentnern frei ins Haus gebracht. Dazwischen war der deutschnationalen Stadtverordnete, frühere Regierungsrat, Dr. Dryander, brauner Stahlhelmann und Bankdirektor. Seiner Mutter schob man gleichfalls das bescheidene Häuflein von 56 Zentnern vor die bereits geöffnete Kellertür. Als diese wahrhaft „schwarzen“ Fuhrer geglädt waren, wurde man noch mutiger. Man forderte ausgerechnet in den Sommermonaten für das Grubebureau in der Stadtmitte 300 Zentner Breittens an. Diese 300 Zentner — welche Wohlfahrt für die frostklappernden nationalen Männer — kamen überhaupt nie ans Ziel sondern der böse Zufall ließ sie „aus Versehen“ in einem verkehrten Keller landen. „Der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen!“ Was kam es auf 300 Zentner an, mögen die Proleten ruhig frieren!

Aus dem Ruchholz der städtischen Gruben baute man Privatgruben in Massen und ließ daraus Schränke und Ziegenställe in nie gesehener Pracht entstehen. In der Zeit der Fettlagerung wurden 20 große Fässer Fett zur Verteilung an eine Grubenbesatzung geliefert. Vier volle Fässer wenderten prompt in die Wohnung des Herrn Direktors, und niemand kennt ihren weiteren Weg.

Die Fülle der deutschnationalen Spartassensandale in Mitteldeutschland ist bekannt. Ebenso bekannt ist das deutschnationalen Wahlversprechen, „endlich“ das Volkvermögen durch geeignete Fachleute gemessenhaft zu verwalten. Wir sehen hier ein Musterbeispiel solcher nationalen Gewissenhaftigkeit, bei der offenbar der beherrschende Bibelspruch Rücksicht ist: „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden!“ Der hallesche nationale Korruptionsskandal steht den Spartassensandalen würdig zur Seite. Es ist kaum anzunehmen, daß die „große“ Politik der Nationalisten sich von der vorherbeschriebenen „kleinen“ irgendwie unterscheiden wird.

## Das deutsche Volk soll wissen, woran es ist.

### Bothschafter d'Abernon für schnelle Abrüstung.

London, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluß der Bothschafterkonferenz steht hier nach wie vor im Mittelpunkt der Erörterungen. Aus gut unterrichteter Quelle verlautet u. a. folgendes: In den letzten Tagen vor Weihnachten sind hier Telegramme des britischen Bothschafter in Berlin eingetroffen, die erklären, daß jede Verzögerung in der Erzielung der deutschen Abrüstung üble Folgen haben könne. Das deutsche Volk sei in seiner Masse friedlich, aber es werde durch eine militärische Elite über den wahren Stand der Dinge getäuscht. Aus diesem Grunde sei es nötig, schnellstens den vollen Bericht der Internationalen Militärkommission zu veröffentlichen, um sowohl das deutsche Volk als auch die Völker der Alliierten zu informieren. Die friedlichen Elemente in Deutschland bedürften der Beweise gegen das Treiben ihrer eigenen Militaristen.

## Mittwoch Beschlusfassung über die Note an Deutschland.

Paris, 29. Dezember. (WTB.) Wie „Temps“ mitteilt, ist der Text der an die deutsche Regierung von der Bothschafterkonferenz zu richtenden Note über die Befreiung der Kölner Zone fertiggestellt und den Regierungen von Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien und Japan zur Prüfung unterbreitet worden.

Am kommenden Mittwoch wird die Bothschafterkonferenz zu einer Sitzung zusammengetreten, in deren Verlauf auf Grund des Entwurfs der endgültige Text der Note festgelegt werden soll.

## Die estländische Koalitionsregierung.

### Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion.

Bei der kürzlichen Umbildung der estländischen Regierung hat bekanntlich auch die Sozialdemokratische Partei ihren Vertreter in die Regierung entsandt. Zur Begründung dieses Schrittes hat der sozialdemokratische Abgeordnete Kei im Parlament folgende Erklärung abgegeben:

„Wir stehen von der Gründung der estnischen Republik an auf dem Standpunkt, daß ein jedes Volk das Recht hat, sein Schicksal selbst zu bestimmen und sich selbst zu regieren. Wir haben immer die Selbständigkeit und die demokratische Staatsordnung Estlis verteidigt, in der festen Überzeugung, daß nur eine freie Volksregierung den politisch-wirtschaftlichen Kampf für Neuerungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Volksmassen gewährleisten und die demokratische Republik zum Staat des arbeitenden Volkes macht. Die Ermordung des Abgeordneten Kaniilon und die Ereignisse des 1. Dezembers (Revolver Putz) haben uns die Gefahr gezeigt, die die Selbständigkeit der estnischen Republik und sein demokratisches Regierungssystem bedroht. Die Gruppe, die mittels bewaffneter Aufstände die Staatsgewalt an sich reißen wollte, weiß es ganz genau, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes gegen sie ist und daß sie nur mit blutiger Gewalt und fremden Bajonetten sich der Regierungsgewalt in Estland bemächtigen und sie behaupten kann. Alle diejenigen, denen die Interessen des estnischen Volkes und besonders die der arbeitenden Volksmassen teuer sind, müssen mit aller Entschiedenheit einmütig der fremden Gewalt entgegenreten. Den Gefahren Rechnung tragend, die unsere Selbständigkeit und die demokratische Staatsordnung bedrohen, haben die Sozialistischen Fraktionen es für notwendig erachtet, der neu zu bildenden Regierung beizutreten. Sie wollen in der Regierung dahin wirken, daß diese bei der Liquidierung des unsinnigen kommunistischen Putsch nicht den Weg zur Reaktion betritt, sondern an dem Grundpfeiler der Volkssouveränität festhaltend, mit starker Hand die staatliche Selbständigkeit und die demokratische Staatsordnung verteidigt zur Durchführung notwendiger sozialer Neuerungen.“

# Gewerkschaftsbewegung

## Das Kampfsjahr 1924.

Nach dem Zusammenbruch der Währung.

Wie 1923 mit dem Zusammenbruch der Mark auch den Verfall der Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften und deren Abstieg brachte, so hat die Stabilisierung der Mark und der finanzielle und wirtschaftliche Gesundungsprozess Deutschlands im Jahre 1924 auch die Gesundung der Gewerkschaften gebracht. Gerade weil die Gewerkschaften antikapitalistische Kampforganisationen der Arbeiterschaft sind, gerade deshalb ist ihre Entwicklung und ihr Gedeihen eng verbunden mit der Entwicklung und dem Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaft. Ein Land mit unentwickeltem Kapitalismus wird nie eine starke Gewerkschaftsbewegung aufweisen. In Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges wird auch die Stohkraft der Gewerkschaften geschwächt sein. Umgekehrt wird bei wirtschaftlichem Aufschwung auch die Angriffslust der Gewerkschaften wachsen.

Das sind Binsenwahrheiten, die jedem geschulten Arbeiter bekannt sind. Und doch gibt es eine angeblliche Arbeiterpartei, die kommunistische, die sich sogar annimmt, die Gewerkschaften Vorschriften zu machen iber das, was sie tun und lassen sollen, die diese Binsenwahrheiten leugnet und ihre ganze Taktik eingestellt hat im schroffen Gegensatz zu aller Erfahrung. Der Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft ist ihr ein Grauel, so sehr, daß sie ihn selbst leugnet, wenn er mit den Händen zu greifen ist. Dagegen ist der Niedergang der Wirtschaft für sie ein freudiges Ereignis, eine Art Himmelsgeschenk. Wenn, wie im Herbst 1923 und im Sommer 1924, Millionen Arbeitsloser verelenden, wenn Fabriken geschlossen werden, wenn die Gewerkschaften in ihrer Aktion gelähmt sind und Verzweiflung die Massen ergreift, dann stimmt die kommunistische Partei Triumphtlieder an.

Diese den Arbeiterinteressen entgegengesetzte Taktik der kommunistischen Partei erklärt sich sehr einfach aus ihrer grundsätzlichen Einstellung. Sie ist keine marxistische Partei, keine Partei, die das geschichtliche Werden herleitet aus wirtschaftlichen Ursachen, denen die Menschheit wohl den Stempel aufdrucke, aber zu denen, die sich nicht in Gegensatz stellen kann. Die kommunistische Partei ist zurückgekehrt zum Blanquismus; sie ist eine Partei des Putzsches. Sie glaubt, wie 1917 in Rußland, durch einen militärisch vorbereiteten Handstreich sich in den Besitz der politischen Macht setzen zu können.

Zu solchen Verzweiflungsakten sind nur Verzweifelte zu haben. Deshalb bemuht sich die KPD, den wirtschaftlichen Aufschwung, der seit Annahme der Dawes-Besche eingetreten ist, zu leugnen. Daß selbst nach Eroberung der politischen Macht noch nicht der Kapitalismus beseitigt ist, daß man diesen, wie in Rußland, wohl zerstören kann, damit aber nur ungeheures Elend schafft, wenn man nicht imstande ist, eine neue Wirtschaft zu schaffen, und daß man dann, wie in Rußland, an den schlimmsten Kapitalismus, den ausländischen, appellieren und das eigene Land zum Kolonialland degradieren muß, das sich die Kommunisten nicht an.

Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, wo eine herrschende Klasse durch einen Handstreich beseitigt worden wäre. Auch politische Revolutionen sind langwierige Prozesse, bei denen die gewaltsamen Ausbrucke nur Stationen sind. Wirtschaftssysteme lösen einander ab, wenn und soweit die Träger der neuen Gesellschaft den Trägern der alten iberlegen sind. Nicht durch Zerstörung, sondern nur durch organische Umwandlung der alten entsteht eine neue Wirtschaftsordnung. Deshalb ist gerade die Arbeiterklasse interessiert an dem Gedeihen und der Fortentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft.

Die kommunistische Partei hat in folgerichtiger Logik ihrer entwicklungsfeindlichen, den Wirtschaftsgesetzen entgegen gesetzten Einstellung deshalb den Versuch gemacht, als nach dem Zusammenbruch der Mark die Gewerkschaften außerstande waren, zu kämpfen, eigene Organisationen aufzubauen. Die seit Jahren von ihr gepredigte Formel der „Einheitsfront“ war auf einmal vergessen. Getreu ihrer putzschistischer Einstellung wollte sie mit den Verzweifelten, den „revolutionären Unorganisierten“ Stohtrupps bilden, um sich durch Putzsch der uffentlichen Gewalt zu bemächtigen. Sie gründete „rote Hundertschaften“ in den Betrieben und beschloß schließlich, die Zersplitterung der Arbeiterschaft zur Grundlage ihrer eigenen Partei zu machen, indem sie ihre Organisation auf „Betriebszellen“ umstellte. Gleichzeitig unternahm sie eine wütende Kampagne gegen die „reaktionären Gewerkschaften“. Ihre Propaganda unterschied sich kaum noch von der der Gelben. Unter dem konzentrischen Angriff der Wirtschaftskrise, der Unternehmer, der Behörden, die mit der Arbeitszeitverordnung und den amtlichen Schlichtungsstellen gegen die Arbeiter vorgingen, affiziiert von der durch die KPD organisierten Zersplitterung, begann für die Gewerkschaften das Jahr 1924. Es sollte ein rechtes Kampfsjahr werden, in dem die Gewerkschaften unter beipfeiflos erschwerten Umständen um die Grundrechte der Arbeiter und zugleich um die Errungenschaften der letzten 50 Jahre kämpfen mußten.

### Gewerkschaftliche Treue der Maschinisten und Feizer.

Am Dienstag, den 23. Dezember, versammelten sich im Gewerkschaftshaus iber 100 Kollegen, die dem Verbande mehr als 25 Jahre die Treue gehalten haben, um in einer kleinen Feier Rückblick zu halten iber die geleistete Arbeit, auf Verstandene Mihen und Ride, zugleich aber auch, um von neuem zu geladen, auch fernerhin ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen. Kollege Müller, Spandau, begrute die Versammelten mit herzlichem Worten.

Der erste Bevollmächtigte Reinefeld wies dann in kurzer wirksamer Rede auf die treue Arbeit hin, die die Kollegen während der 25 Jahre für den Verband geleistet haben. Nur durch die opferwillige ausdauernde Tätigkeit konnte der Verband zu dem werden, was er heute darstellt; ein Machtfaktor im deutschen Wirtschaftsleben, mit dem das Unternehmertum sehr genau zu rechnen hat. Hierauf wurden die vom Hauptvorstand herausgegebenen Gedenkbatter verteilt.

Der Verbandsvorsitzende Klebe iberbrachte die Grüße des Hauptvorstandes und wunschte, daß die Kollegen für den Verband noch recht lange wie bisher wirken können. Den Mitbegrundern des Verbandes in Berlin, den Kollegen Holz und Kirchnid, von denen der letztere auch als Vorsitzender und Redakteur tätig war, die ebenfalls erschienen waren und ein Menschenalter lang für die Gewerkschaft gearbeitet haben, wurde eine begeisterte Ovation bereitet. In eindringlichen Worten forderten beide Kollegen zur machtvollen Fortsetzung des begonnenen Wertes auf.

### Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ erscheint wieder.

Die Inflationsskrise hatte u. a. auch die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ nach siebenjahrigem Bestehen unterdrückt. Welche Bedeutung dieses Blatt für die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder erlangt hatte, ergibt sich schon daraus, daß seine Auflage von 52 000 Exemplaren im Jahre 1916 auf 470 000 Exemplare im Jahre 1921 gestiegen war. Nachdem die Gewerkschaften sich aus ihrer Finanznot wieder einigermaßen herausgearbeitet haben, kann auch die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ wieder erscheinen. Zunächst freilich nur einmal monatlich im früheren Umfange von acht Seiten.

Mit der „Gewerkschafts-Zeitung“ teilen wir die Ueberzeugung, daß die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ dazu beitragen wird, das Vertrauen der Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften und zu ihrer eigenen Kraft zu beleben und hoffen, daß die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ ihre frühere Auflage bald wieder erreicht.

### Auch die Arbeiterrechts-Beilage kommt wieder.

Der Vorstand des ADGB hat beschloen, die früher dem „Korrespondenzblatt“ beigegebene Arbeiterrechts-Beilage für die „Gewerkschafts-Zeitung“ wieder einzuführen. Die jetzt besonders notwendige Beilage wird ab 1925 wie früher, monatlich achteitig, erscheinen.

### Die Tarifverträge im Jahre 1923.

Während die Ergebnisse der Tarifstatistik bisher allfahlich in einem Sonderheft des Reichsarbeitsblattes veroffentlicht wurden, ist dies für das Jahr 1923 unterblieben, weil mit Rückblick auf die Kosten die Statistik nicht in dem früheren Umfange erhoben wurde. Damit ist auch der Wert der statistischen Ziffern für 1923 stark beeinträchtigt worden, da Doppelzählungen nicht ausgeschaltet werden konnten, die Endziffern ausgeblibt sind und ihr Vergleichswert zu den Ergebnissen der vorausgegangenen wie der folgenden Jahre recht fragwürdig ist. Die Veroffentlichung für das Jahr 1923 im „Reichsarbeitsblatt“ (Heft 29/30) beklagt iberdies, daß die Berichterstattung bei manchen Verbänden stark Lücken aufweist, indem die Zahlen der von den Tarifverträgen erfassten Betriebe und Personen nicht angegeben werden konnten. Hoffentlich ist auch dieser Mangel nur auf die besonderen Verhältnisse des Inflationsjahres 1923 zurückzuführen. Von den Arbeitnehmerorganisationen, die ernst genommen sein wollen, kann man fortan eine gewissenhafte Berichterstattung verlangen. Verbände, die dieser Anforderung nicht genügen, sollten aus der Tarifstatistik einfach ausgeschlossen werden.

Am 1. Januar 1923 galten noch 13 802 Tarifverträge für 887 310 Betriebe mit 24 034 098 Beschäftigten, wovon 4 107 219 weibliche, aus dem Vorjahre. Ueber 331 dieser Verträge wurde erst hinterher berichtet. Von den Tarifverträgen aus dem Jahre 1922 waren 9417 für 584 806 Betriebe mit 19 922 940 beschäftigten Personen am 1. Januar 1924 noch in Kraft. Im Laufe des Jahres 1923 wurden von den 13 802 alten Tarifverträgen 4385 (31,8 Proz.) gegenstandslos.

Neu abgeschlossen bzw. erneuert unter Ergänzungen oder Aenderungen wurden im Jahre 1923 2028 Tarifverträge, die sich auf 502 235 Betriebe und 7 381 681 beschäftigte Personen, darunter 1 920 870 weibliche, erstrecken. Darunter waren 201 kurzfristige Verträge für 72 402 Betriebe und 778 956 beschäftigte Personen (369 108 weibliche), die im Laufe des Jahres 1923 wieder außer Geltung kamen.

Von den neuen Tarifverträgen für 1923 gingen mithin 1827 für 489 823 Betriebe mit 6 602 725 Beschäftigten (1 551 762 weibliche) in das Jahr 1924 iber. — Die einzelnen Lohn- und Gehaltsabkommen des Inflationsjahres 1923 sind in der Tarifstatistik nicht enthalten.

Am 1. Januar 1924 bestanden insgesamt 11 244 Tarifverträge, die sich auf 1 074 629 Betriebe erstrecken mit 32 595 653 Arbeitnehmern, darunter 4 512 538 weibliche — wobei an die Doppelzählungen zu erinnern ist. Einzelne Arbeitnehmerverbände haben iber die von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge berichtet, ohne anzugeben, ob und welche weitere Organisationen an diesen Tarifverträgen beteiligt sind. Schließt ein Arbeitgeberverband den gleichen Betrag mit einzelnen Verbänden geschlossen ab, dann wird jeder dieser Verbände iber einen Tarifvertrag für soundso viele Betriebe mit soundso viel Beschäftigten berichtet. Diese Doppelzählungen konnten sonst auf Grund der Zahlschlatter der Verbände für jeden einzelnen Tarifvertrag ausgeschaltet werden. Für das Jahr 1923 war von der Einreichung dieser Zahlschlatter abgesehen worden, weil, wie gesagt, der Umfang der Statistik aus Ersparnisgründen besengt wurde. Um das infolge der Doppelzählungen falsche Bild der Tarifstatistik für 1923 zu korrigieren, wurde der Weg der Wahrscheinlichkeitsberechnung auf Grund der früheren Ergebnisse eingeschlagen. Auf diese Weise wurde die Zahl der Tarifverträge am 1. Januar 1924 von 11 244 auf 8 790 verkürzt, die Zahl der erfassten Betriebe von 1 074 629 auf 802 671 und die Anzahl der beschäftigten Personen von 32 595 653 auf 13 135 384, wovon 3 089 205 weibliche.

Wenn den Arbeitgeberverbänden aufgegeben würde, iber die von ihnen eingegangenen Tarifverträge regelmäßig zu berichten, könnte durch Vergleich mit den Ziffern der Arbeitnehmerverbände zweifellos ein genaueres Ergebnis der Tarifstatistik erzielt werden. Bei dem Apparat, iber den die Arbeitgeberverbände verfügen, ist es für sie eine Kleinigkeit, diese Berichterstattung zu ibernehmen, die ja in ihrem Interesse mit liegt, so daß nicht einzusehen ist, weshalb man sie nicht dazu verpflichten sollte.

Eine vergleichende Uebersicht iber die Tarifverträge in den letzten 12 Jahren (Ende 1912 bis 1. Januar 1924) ergibt eine ziemlich gleichbleibende Anzahl von rund 10 200 Tarifverträgen im Jahresdurchschnitt. Die Zahl der erfassten Betriebe sank von 159 930 Ende 1912 bis auf 91 313 Ende 1917 und stieg dann immer höher, auf 272 251 bis Ende 1919, auf 434 504 Ende 1920, 697 476 Ende 1921, bis auf 890 237 Betriebe Ende 1922. Die Anzahl der in den Tarifbetrieben beschäftigten Personen betrug Ende 1912 bereits 1 574 285. Bis Ende 1916 war sie zuruckgegan-

gen auf 740 074. Dann stieg sie wieder, und zwar bis Ende 1918 auf 1 127 690, Ende 1919 auf 5 988 475, Ende 1920 auf 9 561 323, Ende 1921 auf 12 882 874 und erreichte Ende 1922 den Hochstand mit 14 261 106 Arbeitnehmern, wovon 3 161 268 weiblichen.

Abgesehen von dem sprunghaften Wachstum der Gewerkschaften und der Ausbreitung der Tarifbewegung in den ersten Nachkriegsjahren, während der Periode der Zentralarbeitsgemeinschaft, hat offenbar die Verbindlichkeitserklärung vieler Tarifverträge zu der gewaltigen Ausbreitung des Kreises der tarifvertraglich erfassten Arbeitnehmer beigetragen.

Das Jahr 1924 wird einen gebrugten Rückschlag aufweisen. Obgleich die Arbeitszeitverordnung einen gewissen Anreiz zum Abschluss von Tarifverträgen bildet, ist die Erneuerung verschiedener Reichstarifvertrage an den Bedingungen der Unternehmer lediglich der Durchbrechung des Achtstundentages geschiebert. Außerdem sind auch die prinzipiellen Gegner des Tarifvertrags wieder mehr hervorgetreten, die ablaufende Verträge nicht erneuerten und neue nicht mehr abschlossen. Für die Gewerkschaften kommt es immer noch in der Hauptsache auf den Inhalt der Tarifverträge an. Sie können sich wohl periodisch binden an ertrugliche Abmachungen, allein sie können sich in Krisenzeiten nicht festhalten lassen.

### Schiedspruch im sächsischen Steinkohlenbergbau.

Aus Dresden meldet Ill. Dr. vom Schlichter des Reichsarbeitsministeriums für den Kohlestreit im sächsischen Steinkohlenbergbau eingeseht Schlichtungskammer hat am 27. Dezember folgenden Schiedspruch gefällt: Am 1. Dezember an treten folgende Lohnhoherungen in Kraft: 1. Die Grundlöhne der Staatsarbeiter (1b der Lohnordnung) einschließlich der weiblichen und jugendlichen werden um 10 Proz. erhöht. Bruchteile von Pfennigen werden berort abgerundet, daß Beträge von 5 Pf. aufwärts nach oben, abwärts nach unten berechnet werden. 2. Die Zim-merlinge und sonstigen nicht in der Gewinnung oder Förderung tätigen Untertagearbeiter einer Betriebsabteilung dürfen im Durchschnitt ihrer Gruppe bei normaler Leistung nicht um mehr als 35 v. H. im Zusatzlohn hinter dem Zusatzlohn zurückbleiben, den die in der Kohlegewinnung tätigen Arbeiter im Normalmonat erreicht haben. 3. Die Bedinge- und Mindestprozente für Untertagearbeiter (2a der Lohnordnung) bei normaler Leistung werden auf 80 Proz. erhöht. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch angenommen, brachten aber zum Ausdruck, daß die durch den Schiedspruch geschaffene Belastung zu größten Besorgnissen Anlass gäbe und unter Umständen eine Aufrollung der Kohlenpreiskezige zur Folge haben könne.

### Die zehnstündige Arbeitszeit in Polnisch-Oberschlesien. Um die Konkurrenzfähigkeit mit Deutschland zu erhalten.

Aus Katowitz meldet die Eco: Anläßlich der Anwesenheit des Arbeitsministers in Oberschlesien fanden Verhandlungen mit der ober-schlesischen Eisen- und Zinkhuttenindustrie statt, die dem Arbeitsminister die Notwendigkeit der Verlängerung der Tätigkeitsdauer der Verordnung iber die zehnstündige Arbeitszeit darlegten. Der Minister erwiderte, daß die Regierung alles tun werde, um der ober-schlesischen Eisen- und Zinkhuttenindustrie die Konkurrenzfähigkeit mit der deutschen Industrie zu erhalten. Weitere Verhandlungen des Handelsministers mit den Industriellen fanden in Krakow statt. Zu diesen Verhandlungen wurden außer den ober-schlesischen Industriellen auch Vertreter der polnischen Industrie und vor allem der Industrie des Danziger Reichers hinzugezogen.

Dem allbekannten Treiben der Unternehmer gegen sozialpolitische Maßnahmen im allgemeinen und gegen den Achtstundentag in besonderen, die Verhältnisse des einen gegen die des anderen Landes auszuspielen unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, kann nur durch internationale Festlegungen ein Riegel vorgeschoben werden. Deshalb Ratifikation des Washingtoner Abkommens von allen Industrieländern zur Sicherung des Achtstundentages.

Katowitz, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband der ober-schlesischen Arbeitgeber hat sich an die polnische Regierung mit dem Antrag gewandt, die Verordnung vom 18. Juli d. J. betr. die Verlängerung der Arbeitszeit in der Hüttenindustrie weiter in Kraft zu belassen. Der Termin dieser Verordnung lauft am 21. Januar 1925 ab. Die Einschrankung der Arbeitszeit würde nach Ansicht der Industriellen möglicherweise die vollständige Stilllegung der ober-schlesischen Hütten für längere Zeit erforderlich machen.

### Wichtige Beratung der englischen Gewerkschaften. Für Moskau oder Amsterdam.

London, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine Sonderberatung des Generalrats der Gewerkschaften hat am Montag begonnen. Er hat sich mit dem Bericht der britischen Delegation zu befassen, die unter Führung Purcells Sowjetrußland bereist hat. Es wird im Verlaufe der Tagung zu entscheidenden Debatten kommen, weil gleichzeitig der Antrag auf Beitritt der britischen Gewerkschaften zur Dritten Internationale behandelt werden muß, für dessen Annahme Purcell und seine Freunde größte Anstrengungen machen. Im Fall der Annahme dieses Antrages würde das Band zwischen den britischen Gewerkschaften und der Amsterdamer Internationale zerrissen werden. Es ist jedoch sicher, daß Purcell und sein Anhang im günstigsten Fall nur eine beachtliche Minorität für diesen Spaltungsversuch aufbringen werden.

Verbindlichkeitserklärung des Osnabruckertarifs. Der am 1. September 1924 abgeschlossene Montiel-, Lohn- und Affordtarif, mit Verfassungsbereich für die Provinz Brandenburg einschließlich Groß-Berlin und Regierungsbezirk Schneidemühl (Ostmark), ist am 17. Dezember 1924 mit Wirkung ab 1. September 1924 für allgemeinerverbindlich erklärt worden.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Vertrauensleute der KPD-Betriebe. Heute, Dienstag, nachm. 1/6 Uhr im Lokal von Rathmann, Wilhelmstr. 118, wichtige Besprechung betreffs Arbeitszeitabkommen. Punktliches und vollständiges Erscheinen erwartet die Branchenleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaftl. u. S. J. Steiner; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schram; Redaktion: Dr. John Schidmoss; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glade; Amtlich in Berlin: Verlag: Sozialverlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Sozialverlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin G. B. 68, Lindenstr. 2. Hierzu 2 Beilagen.

Sophien-Säle Sophienstrae 17-18. Norden 9296. Säle frei!

# Grunfeld

Mittwoch, 31. Dezbr.,  
wegen Inventur

# geschlossen

Landeshuter Leinen- und Gebildweberei  
F. V. Grunfeld Größtes Sonderhaus  
für Leinen u. Wäsche  
Berlin W 8 / Leipziger Straße 20-22

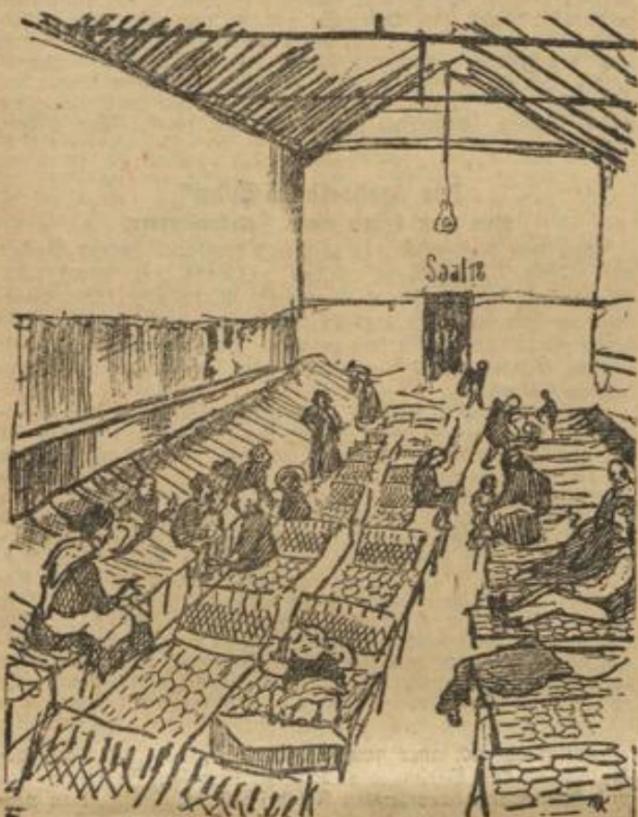
## Arbeitscheue oder Arbeitslose?

### Aus den Erfahrungen eines Logisgastes in den Herbergen.

Kürzlich konnte man in einigen Rechtsblättern lesen, daß sich die Leitung der in Deutschland so gut organisierten Jugendherbergen veranlaßt gesehen habe, die Herbergswäiter anzumessen, jedem aufnahmefähigen Handwerksburschen oder Arbeitslosen den Einlaß zu verweigern und die eventuell im Besitz befindliche Herbergskarte abzuschneiden. — Tatsache ist, daß in den letzten Jahren Handwerksburschen bzw. Arbeitslose in der so praktischen wie klugen Kunst des Wandervogels, bewaffnet mit Laute oder Mandoline, auf die „Walze“ zogen und dann nicht wie gewöhnlich nach dem üblichen Pechung die Herberge „Zur Heimat“ aufsuchten, sondern sich als Hofmusikanten betätigten und dann wenn irgend möglich in der Jugendherberge übernachteten. Die Sache wäre noch ferner gut gegangen, wenn sich nicht wie überall auch unter diesen Junggenossen einige räudige Schafe befunden hätten,

ein Mehrfaches wie vor dem Kriege. Schuld daran ist die enorme Arbeitslosigkeit und die für ledige Leute, die sich in der Fremde ihr Brot verdienen, völlig unzulängliche Arbeitslosenunterstützung. Ferner reichen die Lagerstätten in den sogenannten Herbergen „Zur Heimat“ fast nie aus, um auch nur dem Notwendigsten Rechnung zu tragen. Mich selbst hat es oft geschauert, wenn ich in manchen Herbergen den Schmutz und die vorhandenen Lagerstätten sah. Diese bestanden gewöhnlich aus Strohsäcken, die schon manches Semester hinter sich haben mußten, aus einem Lafen, das in der belegenen Stelle das Stroh herausgeschoben ließ und aus ein bis zwei Decken. Gewiß ist es für einen Herbergswäiter der Herberge „Zur Heimat“ nicht leicht, sich dieser Dinge zu erwehren und Wandel zu schaffen. Wieviel Klagen hörte ich nicht von Seiten eben dieser Herbergswäiter, daß die Mittel, die für die Beherbergung Obdachloser zur Verfügung ständen, viel zu gering wären. Wie oft haben wir in Kleinstädten, wie Zella Mehlis, Glauchau usw., auf blohem Fußboden mit und ohne Decken schlafen müssen; wir waren zufrieden, da wir dort wenigstens kein Ungeziefer bekamen. Wie oft haben wir auf Stühlen und Bänken sitzend und nickend, nachdem wir „Brenner“ uns von unseren Pfennigen Kohlen zur Heizung des zur Verfügung stehenden Raumes gekauft hatten, die Nacht verbracht. Es war keine andere Möglichkeit, denn die Herberge „Zur Heimat“ war total überbelegt.

den vorstehenden Gesellen zählt? Und, was mit geringen Mitteln möglich ist, saubere Lagerstätten schafft? Stroh kann doch nicht so furchtbar teuer sein und läßt sich heute noch aus Heeresbeständen Strohsack- und Deckenmaterial beschaffen. Von vielen Seiten wird man entgegen, daß man es nicht gar so gemächlich machen sollte



Ein unfreundliches Asyl.

die es nicht unterlassen konnten, sich in der größtmöglichen Weise, wie durch Rauchen im Schlafsaal, Berunreinigung der Fußböden und lautes unanständiges Betragen, gegen die Hausordnung zu verstoßen.

### Arbeitscheue oder Arbeitslose?

Wie kommt es denn nun, daß dieser Zustand eintreten konnte? Es wird von arbeitscheuen Gesellen geschrieben, die sich in Herbergen brei-moachen. Meines Erachtens ist dieser Ausdruck denn doch etwas zu hart. Wie ich es selbst nur zu gut beobachten konnte, beträgt die Zahl derer, die sich heute auf der Wanderschaft befinden,

### Eine Musterherberge in Leipzig.

So ging es in den Kleinstädten. Wie ist es nun in den Großstädten, wie Leipzig, Berlin usw., bestellt? In Leipzig waren zu meiner Zeit alle Lagerstätten im Asyl für Obdachlose belegt und viele lagen deshalb in großen Sälen auf dem nur mit einer Decke belegten Fußboden. Jeder mußte beden und wurde entlastet. Und das ist gut. Ist doch Leipzig in Kreisen der Eingeweihten dafür rühmlichst bekannt. Große elektrische Anlagen sorgen unter starker Hygieneeinrichtung für saubere und radikale Vernichtung alles „Lebensden“. Die Kleidung bleibt glatt, was von den „Kunden“ dankbar anerkannt wird. Im Gegensatz zu Berlin, wo der Kunde, man möchte sagen mit Tränen in den Augen, sein Päckchen nach der Bearbeitung in Empfang nimmt und nur nicht weiß, was er mit den durch die Dampfeinwirkung zur Unkenntlichkeit zerdrückten Kleidern anfangen soll. Manche versuchen durch Kaltwasserbehandlung, die aber nur im Sommer anzuwenden ist, den Schaden wieder zu beheben. Es geht nicht immer und man sieht dann die komischen Gestalten in gedrückter, um nicht zu sagen verzweifelter Stimmung das Weiße suchen. Um auf Leipzig wieder zurückzukommen. Also hier geht es gewöhnlich gut. Wie neugeboren verläßt man diese gastliche Stadt, in der man die Segnungen der Kultur so reichlich wahrnehmen konnte und zieht seine Straße. Schon nach zwei Tagen ist diese Stimmung wieder verfliegen und nicht wenige kehren wieder um. Warum? Nun sie haben sich in den nach Leipzig benutzten Quartieren wieder den „Budel voll“ geholt. Dies ist nur meistens im Winter der Fall, da sich im Sommer jeder hütet, in den kleinen „Bennern“ zu bleiben und sich sein Plätzchen lieber beim Bauer oder gar im Freien sucht.

### Nicht jeder Wanderbursche ist „Kunde“.

Nun, gibt es aber viele dieser Unglücklichen, die sich in dem Milieu der Herbergen „Zur Heimat“ nicht wohl fühlen und in diesen auch wirklich nichts Heimatliches entdecken können. Sie wollen mit alten „Speckjägern“ und schmutzigen „Kunden“ nichts gemein haben und suchen einen Ausweg: die Jugendherbergen der Wandervogel. Ich selbst will gestehen, daß ich im Besitz einer vorchriftsmäßigen Wanderkarte bin und diese Stätten wenn irgend möglich, benutze habe. Ich habe mich dort immer „wie zu Hause“ gefühlt. Niemand ist mir auch nur mit einem bösen Wort zuzunähe getreten. Ich habe nur noch eine Bitte an meine Mitbürger: dringt darauf in unseren Vertretungen, daß die Verhältnisse, wie sie im vergangenen Winter in der Beherbergung Obdachloser hauptsächlich in den Kleinstädten und Dörfern lagen, in diesem Winter nicht dieselben sind. Wäre es nicht möglich, daß jede Stadt, in der kein Mittagessen erhältlich ist, wieder wie früher einen Zehrpennig an



Eine freundliche Herberge.

usw. Sicher sind auch viele „Berufsmäßige“ unter den Hilfesuchenden.

Wie gesagt, soviel Positiv, wie sie in unseren Liedern über den Handwerksburschen und Wanderer liegt, ist wirklich bei der Benutzung der jetzigen Herbergen „Zur Heimat“ nicht vorhanden. Das romantische Genie läßt der Eingeweihte heute kaum noch als fromme Lüge gelten.

### Keine Auflösung der Wucherpolizei!

Zu der in einigen Berliner Tageszeitungen verbreiteten Nachricht, daß beabsichtigt sei, die Abteilung W des Berliner Polizeipräsidiums aufzuheben, erlaube ich mir von gut informierter Seite, daß die Nachricht in dieser Form nicht zutrifft. Es ist vorerst nur beabsichtigt, den begonnenen Abbau der Abteilung W weiter fortzuführen. Ob die vollständige Aufhebung dieser Abteilung sich ermöglichen lassen wird, wird von der weiteren Gestaltung der Wuchergesetzgebung abhängen. Wie sich diese weiter entwickeln wird, läßt sich bei der Unsicherheit der innerpolitischen Lage vorerst nicht voraussagen.

## Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

45.

In den Kreisen seiner Schwester und seines Schwagers lernte Bertram viel von dem inneren Leben Deutschlands kennen und freute sich auch sein Deutsch soweit auf, daß er die Unterhaltung genügend führen konnte.

Er kam dazu, vieles in dem deutschen Charakter zu bewundern, und es gab Zeiten, wo er sich Selbststürmung machte, den „Feind“ im Deutschen vollständig vergessen zu haben und sogar mit solchen Männern ganz freundschaftlich über den Krieg zu diskutieren, welche, wie sein Schwager, vielleicht den Tod mancher seiner besten Kameraden verschuldet hatten.

Zuweilen glaubte er sich des Verrats an seinen alten Idealen von Treue und Ehre schuldig, daß er hier Gastfreundschaft, Güte, ja sogar echte Freundschaft hinnahm. Aber er fand es unmöglich, den alten Haß aufrechtzuerhalten. War nicht sogar im Kriege das Haßgefühl hinter der Front viel stärker gewesen als im Schützengraben?

Die „Tommys“ hatten den Gefangenen nach der heißesten Schlacht freundlich Zigaretten geboten, deutsche Offiziere waren von ihren englischen Kollegen höflich behandelt worden, und britische Soldaten hatten nach der Besetzung von Köln mit ehemaligen deutschen Soldaten, die einst hinter Maschinengewehren ihnen gegenüber gelegen hatten, beim Biere gesessen und mit ihnen angestochen. Das war der echte ritterliche Geist, eine Lehre, die der gemeine Mann den krankhaften Neurotikern gegeben hatte, welche die Wurzeln des Hasses begossen und keine giftige Frucht mit unermüdlicher Sorgfalt pflanzten.

Europa konnte nur dann zum Frieden gelangen, wenn man sich mit diesem Volke zu einem freundschaftlichen Pakt einigte, nicht aber, wenn man die Deutschen in alle Ewigkeit als moralisch Aussächtige behandelte. Und es war Wahnsinn, sie als moralisch verpestet anzusehen.

Wie konnte er so etwas glauben, wenn er sich zwischen der Menge bewegte und sie beobachtete? Im Opernhause, in den freundlichen Biergärten außerhalb Berlins, an den Seen und unter den Bäumen des Grunerwalds? Diese jungen Deutschen, die da Sonntags mit ihren Mädchen Bier tranken, Eis aßen, beim Klänge der Musik plauderten, oder diese Familienväter, die mit flachhaarigen kleinen Kindern spielten, zeigten sich nicht wie moralisch Aussächtige. Es waren gut-

mütige, anständige, vergnügte Menschen, die Mädchen erstaunlich sauber gekleidet, hübsch, und voll gewachsen, in billigen Kleidern, die Männer ärmlich angezogen, manche in abgetragenen Uniformen. Alle aber sorgfältig gebürstet und sauber.

Arenburg, der einen gewissen Sinn für Humor besaß, fragte Bertram gern bei solchen Gelegenheiten, was er von diesen „Hunnen“ dachte. „Betragen sie sich wie Barbaren? Fressen sie ihre kleinen Kinder auf?“

„Rein, allerdings nicht,“ gab Bertram zurück. „Aber ich finde, sie amüsieren sich, sind sichtlich gut genährt und nicht zu schlecht gekleidet und geben eine ganz nette Summe für solchen Abend aus. Wie stimmt das zu der deutschen Armut, von der ihr mir immer erzählt?“

Jetzt war an Dorothy die Reihe, das zu erklären. Diese Leute sparten sich zu Hause den Bissen vom Mund ab, um einen solchen Abend genießen zu können. Sie lebten in überfüllten Stuben, die erstickend heiß waren. Abends in einen Biergarten zu gehen, war dringendes Lebensbedürfnis. Das dünne Bier und das wässrige Eis waren billig. Er solle nur die sauberen, aber ach, so billigen Kleider der Mädchen und ihre Stiefel ansehen, die von Papier und Ersatzleder waren.

Aber Bertram gab sich noch nicht zufrieden. Sowohl in Berlin, wie in anderen Städten, die er besuchte, schien das deutsche Volk nach dem Kriege zu gedeihen. Es war ja richtig, daß deutsches Papiergeld stetig an Wert verlor, und damit die Preise stiegen. Aber die Löhne schienen ja mit zu steigen, und hier in Deutschland hatte das Papiergeld noch Kaufkraft.

Er ging durch die großen Warenhäuser, wie Wertheim, und er war erstaunt über die billigen Preise für alle einheimischen Fabrikate. Und was fabrizierte Deutschland nicht? Bei solchen Preisen mußten sie ja alle Anderen aus dem Felde schlagen.

Aber Arenburg verwarf diese Schlußfolgerung. „Das ist ja alles nur Schein. Ich gebe die fieberhafte Tätigkeit des deutschen Handels und seiner Industrie zu. Es liegt im Geiste dieses Volkes, das von dem verzweifeltsten Wunsche beseelt ist, das Verderben abzuwenden. Aber das ist ganz unmöglich, solange die Alliierten uns die Kehle zuschnüren. Wir verkaufen unter Selbstkostenpreis. Um Rohmaterialien zu erhalten, müssen wir die Valutadifferenz bezahlen. Wir verbluten uns dabei. Der Zusammenbruch muß kommen, und Europa wird ihn in allen Gliedern fühlen.“

Bertram war kein Jagdenmenschen, und konnte diesen scheinbaren Widerspruch nicht ergründen. Besser verstand er sich auf die Beobachtung der Mentalität dieser Leute. Im ge-

duldigen Zuhören bei den Mahlzeiten, wo er die Junker und die Intellektuellen traf, in Unterhaltungen mit kleinen Ladenbesitzern und Bauern bemühte er sich, die Denkwiese in dem Deutschland nach der Niederlage zu erforschen.

Denn von ihrem geistigen Standpunkte hing der Weltfrieden und die Zukunft zum größten Teile mit ab. Hatten sie sich von ihren alten Göttern losgesagt? Wollten sie als eine freie Demokratie im Bunde mit den anderen Völkern vorwärtsschreiten?

Bei Dorothy's Verkehr war die Frage schwer zu beantworten. Sie zeigten wohl, wie ihre Seelen unter der Qual des Krieges gelitten hatten, wie scharf die alte Wunde noch brannte. Diese deutschen Damen, oft lebenswürdig, hatten Väter, Gatten, Söhne in noch entsetzlicherer Anzahl verloren als England. Ganze Familien der Aristokratie waren ausgestorben, und in den bürgerlichen Klassen war es ebenso.

Sie verfluchten den Krieg, die Führer und die Politiker. Sie behaupteten, sie seien durch Ludendorff's Selbstüberhebung, durch den Wahnsinn des obersten Kriegsrats, durch den Geist des Bolschewismus an der russischen Front, wo dieser furchtbare Mikrobe am tollsten gewütet hatte, „verraten“ worden. Sie protestierten gegen die Graufamkeit des Vertrages von Versailles und betonten ihren Glauben an Wilson's vierzehn Punkte, die niemals eingehalten wurden. Und das war der schlimmste Verrat, nicht nur an Deutschland, sondern an den Hoffnungen der ganzen Welt gewesen.

Aber niemals, in irgendeinem all dieser verschiedenen Kreise hörte Bertram Deutschlands Schuld am Ausbruch des Krieges zugeben. Rußland hatte zuerst mobilisiert, England hatte Deutschland eingeschlossen. Die Deutschen waren von Feinden eingekreist worden. Und trotzdem seien die Heere nie geschlagen. Die Heimat war, aus schierem Hunger, zusammengebrochen.

Nie geschlagen! Bei einem von Dorothy's Lesabenden hatte Bertram Gelegenheit, sich hibig für das Gegenteil einzusetzen, als der alte General von Althoff diese Behauptung wieder einmal mit größter Hartnäckigkeit verfocht. Bertram hörte erst auf, ihm geschichtliche Tatsachen vorzuhalten, als er sah, wie der alte Herr abwechselnd erröte und erblichte, und Dorothy ihrem Bruder lebende Blide zuwarf.

Der General empfahl sich mit schlecht verhohlenen Aerger, und auch die anderen Offiziere entfernten sich bald, so daß nur einige Damen zurückblieben. Eine von ihnen war ein Fräulein von Wegener, eine hübsche Blondine und Dorothy's ergebene Freundin.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Flucht der Kutischer-Agenten. Prozessbeginn erst im Frühjahr 1925.

Am gestrigen Montagmorgen sind von der Staatsanwaltschaft keine weiteren Verhaftungen erfolgt. Nachrichten, die gestern nachmittags kamen, daß bei der Staatsbank noch weitere Festnahmen hochstehender Beamten erfolgt seien, entsprechen, wie wir von zuständiger Seite erfahren, nicht den Tatsachen. Wie wir hören, hat inzwischen Oberfinanzrat Dr. Hellwig der Staatsanwaltschaft seinen Aufenthalt mitgeteilt und sich für etwaige Vernehmungen zur Verfügung gestellt. Die Spezialdezernenten der Staatsanwaltschaft waren auch am gestrigen Montag den ganzen Tag über mit der Sichtung des Aktenmaterials der Staatsbank und mit weiteren Vernehmungen bis in die späten Abendstunden beschäftigt.

Heute beginnt die Untersuchung in den Räumen des Bankhauses E. v. Stein, dessen Geschäftsbücher und Korrespondenz ebenso wie das Material der Staatsbank sichergestellt worden ist. Hinsichtlich der gegen Geheimrat Rühle in Verbindung mit den Kreditgeschäften Kutiskers erhobenen Verdächtigungen wird man noch, daß dieser Mitglied des Direktoriums der Staatsbank die alleinige Verantwortung für die Gewährung eines Kredits von 42 Goldmillionen an Kutisker für das Hanauer Lager tragen soll, wobei noch aufzuklären sein wird, auf welche Weise diese Kreditgewährung in der Seehandlung zustande gekommen ist. Im übrigen wird von einer bezeichnenden Episode zwischen Dr. Rühle und Kutisker berichtet, die auf die persönlichen Beziehungen dieser beiden Herren ein charakteristisches Licht wirft. Es ist bekannt, daß Kutisker, kaum daß er einen erheblichen Kredit erhalten hatte, immer wieder mit neuen Kreditforderungen an die Staatsbank, und zwar immer an Herrn Dr. Rühle persönlich, herangetreten ist, so daß es selbst dem letzteren mit der Zeit zu viel wurde. Bei einer dieser Unterredungen, bei der Kutisker in schroffer Form weitere Kredite verlangte, soll Dr. Rühle nun händeringend sich Kutisker gegenüber bitter beschwert haben, daß dieser „gar nicht anerkennen wolle, was er (Rühle) schon alles für ihn getan habe!“ Kutisker ließ sich aber nicht rühren, sondern drohte mit seinem Bankrott, worauf er dann tatsächlich weitere Kredite erhielt.

Eine interessanter Feststellung muß übrigens seit dem Beginn der Verhaftungen zum Fall Kutisker gemacht werden: Die zahlreichen Agenten, mit denen sich der Generaldirektor der Seehandlung umgeben hatte und die ihm bei verschiedenen „Transaktionen“ wertvolle Dienste leisteten, sind spurlos verschwunden. Es handelt sich dabei in erster Linie um die wiederholt genannten Brüder Paris und Simeon Tobbini aus Odessa, die in hervorragendem Maße mitgewirkt hatten, um das fahrende Geschäft mit dem Hanauer Lager gegenüber der Staatsbank „richtig“ aufzulösen. Simeon Tobbini hatte auch seinerzeit sein Auto dem Kriminalkommissar Dr. Gröndler vom Berliner Polizeipräsidium zu seinen Recherchen gegen Holmann und Regierungsrat Barfels zur Verfügung gestellt und letzterer wurde auch in diesem Kraftwagen nach seiner Verhaftung dem Polizeipräsidium zugeführt. Zu diesem Fahrzeug gehörten ferner die sämtlichen Mitglieder der sogenannten rumänischen „Abnahmekommission“, die dem Vertreter der Seehandlung, Geheimrat Dr. Habbeno, die „von Rumänien gestulpen“ Bestände des Hanauer Lagers vorführten. Dieser ganze Kutisker-„Freundeckel“, dessen Mitglieder übrigens der Staatsanwaltschaft aus bereits im Oktober erstatteten Anzeigen genau bekannt sein mußten, ist nach vor zehn Tagen friedlich und ahnungslos in einem der Luxushotels des Berliner Westens zusammen, ist aber sofort nach Bekanntwerden der ersten Verhaftungen aus Berlin und wahrscheinlich auch aus Deutschland schleunigst verschwand. Diese Tatsache bedeutet selbstverständlich eine Erschwerung der Ermittlungen gegen Kutisker und seine Helfershelfer.

Zu den Meldungen über den voraussichtlichen Beginn des Prozesses Kutisker und Genossen wird ferner mitgeteilt, daß bei dem gewaltigen Umfang, den diese Angelegenheit bereits angenommen hat, keineswegs mit einer Anderräumung des Termins der Hauptverhandlung für den Monat Januar zu rechnen ist. Aus strafprozessualen Gründen muß binnen vier Wochen, also im Laufe des kommenden Monats, die Anklageerhebung erfolgen, doch dürfte wohl zunächst nur eine Teilanklage erhoben werden, der dann später weitere Nachtragsklagen folgen würden. Selbstverständlich wird das ganze Verfahren nach Möglichkeit beschleunigt werden, um die Schuldigen ihrem verdienten Urteil entgegenzuführen, doch dürfte nach Lage der Dinge der kommende Riefenprozeß kaum vor dem Frühjahr 1925 seinen Anfang nehmen.

### Zufügung mit Heeresgütern.

Ein umfangreicher Betrugsprozeß, der das Gericht bis zum Schluss des Jahres beschäftigen wird, begann vor dem Großen Schöffengericht Mitte. Es handelt sich um Betrugereien, bei denen eine große Zahl von Geldleuten im In- und Auslande um erhebliche Beträge geschädigt worden sind. Der Hauptangeklagte in dem Schwindelkonstrukt war der Kaufmann Johann Münzel, der auf Grund der eingehenden Gelder lange Zeit auf sehr großem Fuße lebte und in Berlin den Lebensabend spielte. Seine Mitbeteiligte waren die Kaufleute Hermann Stricker, Karl Seiwert und Eric Berndt, sowie der Gastwirt Wilhelm Schmeißer. Münzel gab vor, daß er über große Posten ehemaliger Heeresgüter verfüge, mit deren Bewertung er von den zuständigen Stellen beauftragt sei. Da er die Waren zu außerordentlich niedrigen Preisen anbot, fand er eine große Zahl von Kauflustigen. Es kam ihm und seinen Mitbeteiligten aber nur darauf an, vorläufige zu erhalten. Waren hatte die Schwindlerbande nicht an der Hand, wohl aber hatten sie ausgekundschaftet, wo derartige Lager vorhanden waren. Münzel gab sich bald als Oberleutnant, Theaterdirektor und Hamburger Großkaufmann aus, er wußte sich nach berühmten Mustern den Anschein eines reichen Mannes zu geben und sich Vorhänge auf ungedeckte Specks zu verschaffen. In derselben Weise trat auch Stricker als „Inhaber großer Lager“ auf. Schmeißer wurde als Treuhänder vorgestellt, der sich die Vorräte genau angesehen hätte. Der Angeschuldigte Berndt, ein vielfach vorbestrafter Mensch, wurde als Zahlmeister eines bayerischen Truppenteils ins Feld geführt. In anderen Fällen war wieder Münzel der von Stricker vorgeschobene Vertrauensmann verschiedener Reichsbehörden. Münzel verpfänderte bei dieser Gelegenheit dann stets „sein Offiziersehrenwort“. Einem Firmeninhaber aus Wien waren von Münzel anlässlich seines Berliner Aufenthalts große Posten Zeltbahnen aus dem Bestande des aufgelösten Selbstschutzes angeboten worden. Der Allgemeinen Bedarfs-Gesellschaft wurden Rauchmasken und Tornister angeboten. Es gelang in allen Fällen, große Vorkäufe herauszuschlagen, da auch mit gefälschten Ausweisen der Reparationskommission und rechtsradikaler Organisationen gearbeitet wurde. Ganz besonders schwer hincingelegt wurde der Generaldirektor Reichel aus Wien, der für eine albanische Kommission zur Beschaffung der Ausstattung von 10.000 Mann beauftragt worden war. Dieser Geschäftsmann büßte nicht weniger als 15.000 Dollar ein. Ein anderer Geschädigter hatte einen Verlust von 11.000 Goldmark zu verzeichnen. Die Angeklagten bestritten zum Teil ihre betrügerischen Absichten. Münzel behauptete, daß er von einem Oberleutnant Berger von der Abwicklungsstelle des Selbstschutzes in Breslau mit dem Verkauf der angebotenen Waren beauftragt worden sei. Dieser Oberleutnant Berger existiert jedoch nicht. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

### Wahrscheinlichkeiten aus Anlaß des „Heiligen Jahres“.

Den Teilnehmern an den aus Anlaß des Heiligen Jahres 1925 stattfindenden Rompilgerfahrten, die bereits im Anfang Dezember ihren Anfang genommen haben, werden gemäß einer Verfügung des Ministers des Inneren Pässe zur Reise nach Italien mit einer Beschränkung, dem Zweck der Reise angepaßten Geltungsdauer gebührenfrei und unter bevorzugter Abfertigung

ausgestellt, wenn die Bewerber im Besitze eines durch die offizielle Geschäftsstelle für die Rompilgerfahrten in Würzburg ausgefertigten Ausweises sind. Letzterer wird auf der Rückseite von den Postämtern mit dem in genanntem Erlaß vorgeschriebenen Vermerk versehen. Rompilger, die sich im Besitze eines Passes und des Ausweises befinden, sind vom Sichtvermerkszwang befreit, bedürfen somit weder eines Sichtvermerks noch eines steuerlichen Linbedenklichkeitsvermerks.

## Berein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Mittwoch, 31. Dezember, abends 10 Uhr,  
in der Stadthalle, Klosterstraße

## Silvester-Musik

Saaleinlaß 1/2 10 Uhr. Eintritt 60 Pf.  
Karten sind noch an der Kasse zu haben.

### Der gelbe Stempel.

#### Maßnahmen gegen Schwindelsammlungen.

Zur Bekämpfung der zuletzt überhandnehmenden unbefugten Sammlungen, die häufig unter Benutzung nicht mehr gültiger Sammelkarten und Ausweise erfolgen, werden vom 1. Januar 1925 ab sämtliche Sammelkarten und Ausweise, die nicht einen gelben Stempel tragen, außer Kraft gesetzt. — Sämtliche Polizeibehörden sind angewiesen worden, bei Durchführung der Bestimmung ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen und Personen, die mit unbefugten Sammelkarten abgehaupteten Sammelkarten bzw. Ausweisen betroffen werden, festzustellen. Es wird abdam ein Verfahren wegen Betruges bzw. Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917, betreffend unerlaubte Sammlungen und den nicht genehmigten Betrieb von Gegenständen zu Wohlfahrtszwecken, eingeleitet werden. — Alle Organisationen bzw. Personen, denen zurzeit eine Sammelgenehmigung erteilt ist, müssen die in ihren Händen befindlichen Ausweise bzw. Sammelkarten der Abteilung I des Polizeipräsidiums in Berlin-Schöneberg, Gothaer Straße 10, zwecks Beifügung des gelben Stempels vorlegen.

Die das Polizeipräsidium mittelst, wird der in Sleglich, Friedrichstraße 36, wohnende Klaus v. Cadenbrocher für einen „Deutschen Bund“, über dessen Gründer und Ausdehnung Unklarheit herrscht, und dessen Hauptziel die Bekämpfung der feindlichen Spionage in Deutschland sein soll. Anscheinend kommt es dem sonst beschäftigungslosen v. Cadenbrocher und seinen etwaigen Hinterleuten nur darauf an, sich Einnahmen zu verschaffen. Der Polizeipräsident empfiehlt daher, dem „Deutschen Bund“ gegenüber Vorkehrungen zu beobachten.

### Falsche Rentenbankcheine.

Das „Reichsbildungsblatt“ gibt Merkmale falscher Rentenbankcheine an einer, zehn und fünfzig Rentenmark bekannt. Die Einmarkcheine der Fälschungsklasse dreieinhalb sind in der Gesamtlänge fünf Millimeter, in der Breite des umrahmten Druckbildes zwei Millimeter zu klein, das Wasserzeichen ist in leicht erkennbarem Feindruck hergestellt. Die Nummerierung der Cheine ist falsch, die Farbänderung auf der Vorderseite weicht von der der echten Cheine ab. Die zehnmarkcheine der Fälschungsklasse 32 fehlt das Wasserzeichen; ihr Papier ist härter als das der echten Cheine. Der Stoffaufbau auf dem rechten Teil der Vorderseite ist durch Lebertücheln mit grüner Farbe vorgetäuscht, während die Fasern in das Papier nicht eingebettet, sondern aufgedruckt sind. Die Beschriftung weist zu kleine Typen auf, die Nummerierung weicht im Schnitt und in der Größe der Ziffern von der der echten Note ab. Die falschen Cheine zu 50 Rentenmark der Fälschungsklasse 31 sind auf minderwertigem Papier hergestellt, auf dem das Wasserzeichen durch Feindruck unvollkommen nachgemacht ist. Der rechte Teil der Vorderseite ist mit einem schwach blaugrün oder schmutzweiß gefärbten Alchemittel überzogen, worauf einige dünne Fasern eingestreut sind. Die echten Cheine zeigen an dieser Stelle einen hellbraunen Stoffaufbau. Die Beschriftung ist im ganzen matt und unscharf. Die Nummern sind nachahmlich mit einem Stempel aufgedruckt. Die Rückseite ist im Druck unscharf und verbleicht.

### Zwei gestohlene Hagemeister-Bilder wiedergefunden.

In voriger Woche wurden aus dem Restaurant Baumgartenbrück bei Potsdam vier Landschaftsgemälde des bekannten Malers der Mark Prof. Hagemeister von Automobillisten gestohlen. Zwei dieser Bilder sind, als sie in Berlin zum Verkauf angeboten wurden, wiedergefunden worden. Die Nachforschungen der Landjäger in Lelbow in der Diebstahlsache führten in die Villa des Hagemeisters B. unweit des Papißensees auf die Spur. Der Fall dürfte noch großes Aufsehen erregen.

Selbstmord der Frau v. Kulas. Am Weihnachtsabend hat die Hauptschuldige in dem Prozeß gegen die Edeshiffe G. m. b. H. Frau Ann v. Kulas, ihrem Leben ein Ende gemacht, indem sie sich in der Zelle des Untersuchungsgefängnisses mit einem Laten erhängte. Sie war bekanntlich vom Schöffengericht Charlottenburg zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Es schwebte gegen sie noch ein weiteres Verfahren wegen Anstiftung zu Weineiden.

Ein Hochhaus-Hotel. Das Hotel Czjzjstior in Berlin soll zu einem Hochhause mit rund 1000 Zimmern und 1300 Betten umgebaut werden. Die Finanzierung ist erfolgt. Die Baupläne stammen von dem Hotelarchitekten Dito Rehnig in Berlin-Schöneberg. Wenn baupolizeilich keine Schwierigkeiten gemacht werden, wird der Bau im März 1925 begonnen und bei normalen Verhältnissen am 1. Januar 1926 in Benutzung genommen werden können.

## Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 30. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30—5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).  
6.40—7.30 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Abteilung Bildungskurse). Literatur und Kunst. 8.40 Uhr abends: Professor Colson: „Französische Literaturgeschichte“ (in französischer Sprache).  
7.10 Uhr abends: Dr. James Simon: „Die Sonate“. 7.30 Uhr abends: Vortrag Dr. Ernst Roth: „Glitz, Zopf, Bublikopf“ (Das Haar und seine Pflege vom Standpunkt des Arztes). 8 Uhr abends: Theaterfunk (Theodor Kappeler). 8.30 Uhr abends: Zweiter Josef-Plaut-Abend. 1. Ouvertüre z. d. Oper „Der schwarze Domino“, Auber (Berl. Funkkapelle). 2. a) Caruso's Gastspiel in der Berliner Oper, Börlis v. Münchhausen. b) Alte Landesknechte (Jos. Plaut). 3. Potpourri a. d. Operette „Orpheus in der Unterwelt“, Offenbach (Berliner Funkkapelle). 4. a) Jan Barz Theodor Fontana. b) Auf dem Marsche, Theodor Fontana (Josef Plaut). 5. Potpourri aus der Operette „Der arme Jonathan“, Millbeker (Berliner Funkkapelle). 6. a) Die fünfte sogenannte feuchte Sinfonie, Manfred Kyber. b) Die leichtsinnige Maus, Manfred Kyber (Josef Plaut). 7. Auf Wiedorsehen, Marie, H. May (Berliner Funkkapelle). 8. a) Die Mobilmachung 1914 und ihr Eindruck auf die Tierwelt, Jos. Plaut. b) Militärischer Kirchgang, Jos. Plaut. c) Lieder zur Lange am Klavier, Jos. Plaut (Jos. Plaut). Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wettordienste, Sportsnachrichten, Theaterdienst.

## Die „Volksgemeinschaft“.

Wie sie sich die Hausbesitzer vorstellen.

Der „Kundschau für Kommunalbeamte“ Nr. 52 entnehmen wir das Folgende: „In einem Aufruf, den ein Herr A. Rurrmann als Vorstand des Kumbacher Hausbesitzervereins vertraulich an die Mitglieder seiner Organisation versandt hat, heißt es wörtlich:

„Der Hausbesitz bedenke, welche große Macht er hat. Die Häuser gehören uns. Eine Sozialisierung ist nicht mehr zu befürchten; man betrachte die Zusammenlegung des Reichstages! Diese große Macht des Volkes verbürgt uns den Sieg; denn ewig kann die Zwangswirtschaft nicht dauern. Der Mieter wird es ergehen wie dem Deutschen Reich im Weltkrieg. Wir siegen so lange, bis wir zusammenbrechen, bis man uns den schmachlichsten Frieden diktiert. Auch für die Mieterschaft kommt die Zeit, da sie einen schmachvollen Frieden annehmen muß, kommt die Zeit, da sie alles nachzahlen muß, was sie uns zu wenig gegeben hat. Dann keine Zimperlichkeit. Man zahle mit gleicher Münze, wie man uns zahle.“

Man mache sich einmal den Sinn dieser Ausführungen klar. Das Verfall der Diktat soll als Mutterbeispiel für das Ziel des Kampfes dienen, den der Hauseigentümer gegen den Mieter führen will. Es soll dem Mieter eine Niederlage bereitet werden, die ihn zwingt, bedingungslos jede Forderung des Eigentümers anzunehmen. Wer das verlangt, wer dem eigenen Volksgenossen einen Stoß verfehen will, wie ihn das Deutsche Reich unter der Uebermacht seiner Gegner erlitten hat, stellt sich damit außerhalb der Volksgemeinschaft. Es wird keinem derart, wenn er mit Hilfe aller gesetzlichen Mittel seine Interessen vertritt; wer aber solche Rücksicht für das Handeln gegen weite Volkskreise empfiehlt, fördert nicht das Bestreben erster Politiker, die in allen Wahlversammlungen über die Unzahl von Parteien klagen und immer wieder den Zusammenschluß zu einer Partei fordern, die alle staatsbeherrschenden Kräfte umfaßt. Egoismus und Machtgefühl haben diesen Aufruf diktiert.

### Der „gehorsame Sohn“.

Aus dem Leben eines Fälschmünzers.

Vor dem Landgericht III zu Berlin stand vor einigen Wochen der russische Fälschmünzer Wassiljewski zur Aburteilung. Wassiljewski, der von Beruf Kunststauer ist, hatte in seiner Wohnung in Halensee falsche englische Banknoten zu 10 und 20 Pfund hergestellt und in den Verkehr gebracht. Darüber, wie er zur Herstellung dieser Fälschstücke gekommen war, erzählte er eine phantastische Geschichte.

Eines Abends sei ihm der Geist seines verstorbenen Vaters erschienen, habe ihm mit einer englischen Zwanzigpfuntnote gewinkt und ihm ins Ohr geflüstert: „Mein Sohn, nutze Deine Kunst, so wirst Du der mächtigste Mann auf der Erde sein!“ Dieser Mahnung des väterlichen Geistes habe er dann als gehorsamer Sohn Folge geleistet. Die Herstellung der falschen Scheine habe indessen nicht er, sondern sein Freund und Landsmann Ramonoff übernommen, er selbst habe nur ab und an einige falsche Noten vertrieben. Tatsächlich sei bei der Staatsanwaltschaft ein Brief Ramonoffs ein, in dem dieser seinen Freund entlastete und sich selbst als den hauptsächlichsten Beteiligten bezeichnet. Den Beamten der Reichsbankfälschungsabteilung ist es jetzt gelungen, Ramonoff in Berlin zu ermitteln und festzunehmen. Ramonoff war schon lange als Hersteller und Verbreiter falscher Banknoten nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten bekannt. Aus der Schweiz und aus England lagen Steckbriefe gegen ihn vor. Als Wassiljewski im August d. J. verhaftet wurde, suchte Ramonoff sofort aus Deutschland nach der Tischschlosser. Dort muß es ihm aber nicht recht behagt haben, denn nach wenigen Wochen kehrte er wieder nach Deutschland zurück. Da er nicht wagte, sich in Berlin setzen zu lassen, führte er ein unletztendes Reiseleben und zog von Stadt zu Stadt. Nieheral hielt er sich nur einen oder zwei Tage auf. Nur in Danzig gelang es ihm, sich längere Zeit zu verbergen. In dieser Stadt erfuhr er, daß die Hauptverhandlung gegen seinen Freund Wassiljewski in Berlin angelegt war. In der Hoffnung, etwas zur Befreiung Wassiljewskis unternehmen zu können, kehrte er nach Berlin zurück, begnügte sich aber damit, den bereits erwähnten Brief an die Staatsanwaltschaft zu schreiben und nahm dann sein Wanderleben wieder auf. Vor einigen Tagen kam er jedoch abermals hierher, und nun erteilte ihm das Gericht, dem er so lange entgangen war. Dem Steckbrief der Londoner Polizei lag ein Lichtbild Ramonoffs bei, das den Berliner Beamten bekannt war. Als zwei Beamte der Reichsbankfälschungsabteilung in ein ganz kleines Café im Westen der Stadt kamen, sahen sie an einem Tisch einen Mann sitzen, in dem sie den Gesuchten erkannten. Obgleich anzunehmen war, daß er über bedeutende Geldmittel verfügte, sah er ziemlich abgeriffen aus. Sein Benehmen war das eines Menschen, der ständig auf der Hut vor Entdeckung sein muß. Einer der Beamten ging nun unauffällig durch das Lokal und stellte sich dem Sitzenden gegenüber an den Tisch. Ramonoff sprang sofort erschrocken auf und verriet sich so selbst. Er versuchte zwar zu flüchten, doch war ihm der Rückzug bereits abgeschnitten. Hinter ihm stand ein anderer Beamter, und bat ihn höflich, Platz zu nehmen. Alle drei setzten sich. Als Fatalist ergab sich Ramonoff widerstandslos in sein Schicksal. Auf dem Wege zum Polizeipräsidium gab er an, daß auch er ganz genau gemut habe, daß am heutigen Tage seine Laufbahn ihr Ende finden werde. Wassiljewski, der in der Hauptverhandlung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wird jetzt mit seinem Freunde Ramonoff noch einmal vor die Gerichtshofen treten, wo über beide dann das endgültige Urteil gesprochen werden wird. Ramonoff behauptet jetzt, nicht mehr der Haupttäter zu sein und schiebt alle Schuld Wassiljewski zu.

### Auf dem Witwenball.

Auf Witwenbällen suchte sich der Kaufmann Richard G. die Opfer für seine Heiratsschwandeleien aus. Obwohl er verheiratet war, gelang es ihm, verschiedene alleinstehende, unerfahrene Frauen in seine Netze zu locken. Unter falschem Namen trat er auf und verprügelte den heiratungslustigen Damen die Ehe. Eine Witwe D. war schon soweit gebracht, daß sie Verlobungseinkaufungen abgefordert hatte. Am Tage vorher erfahrene er in der Wohnung seiner zukünftigen und stahl die Trauringe aus seiner Ehe, an deren Stelle er zur Verbedung des Diebstahls zwei wertlose Ringe legte. In einem anderen Falle schwindelte er seiner „Hebsten“ die Nähmaschine und die Pfandscheine für die verpfändeten Ringe ab; die Nähmaschine ließ er sich nur aus, weil der Schneider, bei dem er sich den Anzug zur Verlobung arbeiten lassen, einen Unfall mit seiner Maschine gehabt habe; diese Ringe wollte er einlösen und mit Brillanten verzieren lassen. Nachdem er sein Ziel erreicht hatte, verschwand der laubere Patron regelmäßig, um keine Opfer in Sicherheit zu wissen, hatte er auch gefälschte Briefe ausgegeben. Im Hinblick auf seine Verbrechen wegen Betrugsereien auf dem gleichen Gebiete hatte das Schöffengericht G. zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen das Urteil hatte sein Verteidiger Berufung eingelegt und ersuchte auch in der gerichtlichen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II, daß das Gericht noch einmal Abstand davon nahm, den Schwindler ins Zuchthaus zu schicken. Die Strafe wurde auf zwei Jahre Gefängnis festgesetzt.

Neue Tagesheime in der Kessel- und Beuthstraße. Das Bezirksamt Mitte eröffnet heute in der Kesselstr. 3 und in der Beuthstraße 16 je ein Tagesheim, die dazu bestimmt sind, allen Personen, denen es tagsüber an einem warmen Aufenthalt fehlt, Unterkunft zu bieten. Die Räume sind gut erwärmt und beleuchtet. Außerdem liegen mehrere Tageszeitungen, illustrierte Blätter und dergleichen aus. Es ist auch beabsichtigt, späterhin eine kleine Mahlzeit oder





# Die Preisentwicklung 1924.

## Entwicklung der Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten und Großhandelsindexziffer.

Das Jahr 1924 stand im Zeichen der Uebergangswirtschaft. Unter schweren Störungen vollzog sich die Umstellung von der Inflation zur festen Rentenmarktwährung. Das Gesamtbild der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt deutlich die Schwankungen, denen das Wirtschaftsleben infolge dessen ausgesetzt war und die zum Teil auf die Hemmungen und Störungen der Geldwirtschaft am Warenmarkt zurückzuführen sind. Die ersten beiden Monate des Jahres 1924 trugen sichtbar die Spuren der kürzlich erst überwundenen Inflation. Die Industriestoffe liehen erheblich über dem Weltmarktpreis und die stark einsetzenden Rentenmarktkredite, die zu der Zeit in den Verkehr gelangten, begünstigten die steigende Tendenz der Preise. Im April drohte der deutschen Wirtschaft schwere Gefahr, da sie die Rentenmarktkredite nicht zu Produktionszwecken verwendete, sondern wie in der Inflationszeit zur Aufhäufung von Waren benutzte. Dies bewies klar die Preisentwicklung für Getreide und Kartoffeln, als auch die der Industriestoffe. Denn im Mai hatte sich die Indexziffer für Industriestoffe auf 152,2 erhöht, und auch den Preisindex für Getreide und Kartoffeln bis auf 91 gesteigert. Die große Preisspanne zwischen Industrie- und Agrarprodukten ist ein deutliches Merkmal dafür, daß die Industriewaren tatsächlich gehamstert und zurückgehalten wurden. Schon im April setzte die Zurückschraubung der Kredite der Reichsbank ein und die Aktion hatte zur Folge, daß die Stabilisierung der Währung gesichert war und eine Senkung der Warenpreise auf 115,0 des Vorkriegsstandes sich vollzog. Diese Maßnahme verursachte natürlich eine bedenkliche Kreditnot in der deutschen Industrie. Die von der Regierung pompös angekündigten Preisreduktionen machten sich auf dem Gebiete der Industriestoffe zunächst gar nicht, dann aber nur langsam bemerkbar. Die rückläufige Konjunktur, die damals eintrat, verschärfte die Lage am Arbeitsmarkt außerordentlich. Erst nach der Annahme der Dawes-Befehle begann eine Neubildung der Konjunktur auf allen Märkten, die mit einer lebhafteren Beschäftigung der Industrie verbunden war.

Die Preisunterschiede zwischen den Agrarprodukten und den Industriewaren, die in der Mitte des Jahres besonders groß waren und erbitterte Kämpfe in der Schutzollfrage zur Folge hatten, sind im letzten Vierteljahr nahezu geschwunden — eine Wirkung der tollpissigen Freigabe von Brotgetreide zur Ausfuhr und der schlechten Ernte. Diese Tatsache spricht Bände gegen die unbedingten Forderungen der Agrarier. Dennoch beharren die Großgrundbesitzer auf dem egoistischen Standpunkt, daß Schutzzölle unbedingt vorhanden seien, und sie werden versuchen, in der kommenden Legislaturperiode des neuen Reichstags mit Hilfe der Rechten den Kampf weiter zu führen.

Die Preisentwicklung der Lebensmittel war in dem verflochtenen Zeitraum großen Schwankungen ausgesetzt. Die Erklärung gibt die Tatsache, daß die Kreditnot am Anfang des Jahres besonders schwer auf der Landwirtschaft lastete und auf die Getreidepreise drückte. Im Juli trat die entscheidende Wenderung ein. Damals glaubte man durch Öffnung der Grenzen und die bedingte Freigabe der Getreideausfuhr nach dem Auslande der notleidenden Landwirtschaft einen Dienst zu erweisen und die ungewöhnlich banal liegenden Agrarpreise wieder auf eine angemessene Höhe zu treiben. Die Kreditnot hatte auch den gewöhnlichen Erfolg: Die Lebensmittelpreise stiegen beträchtlich. Doch die Steigerung der Preise schob weit über das beabsichtigte Ziel hinaus; später zeigte sich obendrein, daß infolge der Mähernte viel zu große Mengen von Getreide ausgeführt worden waren, die wiederum durch eine erhöhte und teure Einfuhr ersetzt werden mußten. Der Einfluß dieser verkehrten Wirtschaftspolitik zeigt sich deutlich in der starken Steigerung der Lebensmittelpreise.

Nachfolgende Tabelle über die Entwicklung des Großhandelsindex und der Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten veranschaulicht die Preischwankungen in großen Zügen.

| Wirtschaftsjahr    | Lebenshaltung (1913/14 = 100) |                | Großhandel (1913/14 = 100) |                      |              |             |
|--------------------|-------------------------------|----------------|----------------------------|----------------------|--------------|-------------|
|                    | Gesamtindex                   | Ernähr. mittel | Gesamtindex                | Getreide u. Kartoff. | Lebensmittel | Indexziffer |
| 1924               |                               |                |                            |                      |              |             |
| Januar             | 110                           | 127            | 117,8                      | 81,8                 | 108,0        | 144,1       |
| Februar            | 104                           | 117            | 116,2                      | 79,6                 | 100,8        | 145,1       |
| März               | 107                           | 120            | 120,7                      | 85,6                 | 106,4        | 147,4       |
| April              | 112                           | 123            | 124,1                      | 91,4                 | 109,7        | 150,9       |
| Mai                | 115                           | 126            | 122,5                      | 91,0                 | 106,6        | 152,2       |
| Juni               | 112                           | 120            | 115,9                      | 84,2                 | 97,9         | 149,6       |
| Juli               | 116                           | 126            | 115,0                      | 90,1                 | 102,2        | 139,1       |
| August             | 114                           | 122            | 120,4                      | 98,7                 | 110,9        | 138,2       |
| September          | 116                           | 125            | 126,9                      | 110,7                | 120,7        | 133,5       |
| Oktober            | 122                           | 134            | 131,2                      | 119,8                | 129,2        | 134,9       |
| November           | 122,5                         | 135            | 128,5                      | 113,0                | 123,9        | 137,1       |
| Dezember geschätzt | 122,2                         | 135            | 128,5                      | 112,8                | 123,4        | 138,2       |

1) Gesamtindex setzt sich zusammen aus a) Ernährung, b) Wohnung, c) Heizung und Beleuchtung, d) Bekleidung.  
2) Den größten prozentualen Anstieg an den Lebenshaltungskosten nimmt die Ernährung in Anspruch, wogegen die Kosten für Wohnung und Bekleidung im Gesamtindex stark zurücktreten.

Es ist selbstverständlich, daß sich die wirtschaftlichen Hemmungen und Störungen auch in der Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten widerspiegeln. In letzter Zeit sind in den maßgebenden Kreisen und vor allem in der Arbeiterschaft Zweifel über die Berechnungsmethode des Reichsindex aufgetaucht. Gemäß läßt der errechnete Index manche preissteigernden Momente in der Lebenshaltung unberücksichtigt. Die Bewegung, nicht die absolute Höhe der Lebenshaltungskosten, wird freilich von den Indexzahlen immerhin mit einiger Sicherheit angedeutet.

Das verflochtene Wirtschaftsjahr war in der ersten Hälfte stark beeinflusst von politischen Unklarheiten und Schwierigkeiten. Erst, wie schon im Anfang erwähnt, das Eintreten der außenpolitischen Entspannung durch die Annahme des Dawes-Befehls brachte eine ruhige und fortlaufend zur Geltung neigende Entwicklung mit sich. Wenn auch im nächsten Jahre, wie jetzt schon die Anzeichen zu zeigen sind, neue wirtschaftliche Probleme und mit ihnen neue Schwierigkeiten auf-

tauchen, so ist doch nach der bisherigen langsamen Genesung der deutschen Wirtschaft zu urteilen, mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß uns das kommende Jahr bei konsequenter Einhaltung der Erfüllungspolitik ein beträchtliches Stück vorwärts bringen wird.

### Gustav, der Jongleur.



Sehen Sie, verehrtes Publikum, ich kann mit Bierflaschen jonglieren — mich auf der Schaukel nach rechts und links neigen —



Stühle und Tische umwerfen — Nur aufstellen kann ich sie nicht!

### Die Hamburger Handelskammer zur Zollfrage.

Die Hamburger Handelskammer veröffentlicht ihren Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1924. Die Grundtendenz der Beurteilung der Wirtschaftslage und der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten ist weitläufig optimistischer als in den Berichten der Hamburger Handelskammer in den vorhergehenden Jahren. Der Bericht spiegelt die allgemeine Hoffnung auf fortschreitende Gesundung der Wirtschaftslebens wider. Er sagt: „Beim Rückblick auf das Jahr 1923 hatte die Handelskammer angefangen, die schweren Daseinskrisen von Staat und Wirtschaft gewarnt, vorsichtige Schlüsse auf den völligen Zusammenbruch Deutschlands zu ziehen, und hatte die Vermutung gewagt, daß der Augenblick wirksamer Selbstbesinnung nahe sei. Die Ereignisse, die das Jahr 1924 kennzeichnen, haben dieser Hoffnung Gestalt gegeben. Wenn auch die Festigkeit des erreichten Zustandes nicht überschätzt, die Möglichkeit des Kapitalbestandes der deutschen Wirtschaft nicht verkannt werden darf, so ist doch fortschreitende Gesundung wahrscheinlich, wenn die politischen Spannungen auf dem Wege sachlicher und gerechter Behandlung zu lösen vermag werden.“

Von großem Interesse ist die Stellungnahme der Hamburger Handelskammer zu den Problemen der deutschen Handelspolitik. Von grundsätzlich freihändlerischer Gesinnung ausgehend, lehnt sie jeden Hochschutzzoll ab:

„Ist somit die deutsche Wirtschaft auf Grund außerökonomischer, rechtlicher Abmachungen vor die Notwendigkeit starker Begünstigung des Exports gestellt, so ergibt sich daraus schon eine wichtige Richtungsbestimmtheit für Zölle und Handelsverträge.“

Soweit die Handelskammer sich gutachtlich zu äußern hatte, ist ihre Stellung zu diesen Hauptfragen die folgende gewesen. Gegenüber den zweimal unternommenen Versuchen der Regierung, im Juli durch den Entwurf eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuern, im Herbst durch die sogenannte kleine Zollvorlage eine Verschärfung des Zollschutzes der deutschen Wirtschaft herbeizuführen, hat die Kammer eine entschieden ablehnende Haltung eingenommen; sie hat weder die Einführung der autonomen Sätze des Zolltariffs von 1902 auf die wichtigsten Agrarprodukte, wie Getreide, Kartoffeln, Vieh und Fleisch, gebilligt noch hielt sie eine Erhöhung der Industriezölle für volkswirtschaftlich richtig.

Keinem Wirtschaftszweig kann ein absolutes Recht auf hohen Zollschutz zuerkannt werden, vor allem niemals in einer Höhe, die über die Sicherung seiner Rentabilität hinaus noch eine Umleitung der allgemeinen Einkommensverteilung zugunsten eines verhältnismäßig kleinen Kreises von Produzenten bewirkt. Die Frage der Agrarzölle ist bei der gegebenen Lage Deutschlands weniger denn je als ein parteipolitisches Axiom zu behandeln, auch darf die zeitweilige Kreditkrise der Landwirtschaft nicht zu dem Gedanken führen, ihr das fehlende Kapital durch eine Belastung der Lebenshaltung des gesamten Volkes zu verschaffen. Der Zoll darf vielmehr nur, falls ein solcher unter Berücksichtigung der Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt überhaupt erforderlich ist, so hoch sein, daß er die Fortführung des Getreidebaues noch möglich macht, dagegen kann er nicht Mittel der Kapitalbeschaffung für einen einzelnen Beruf sein, dessen Verarmung nicht größer ist als die der Gesamtwirtschaft, wenn auch die Landwirtschaft in den Möglichkeiten der Kreditaufnahme eine besondere Stellung durch die ausgedehnte Umtriebsdauer ihres Betriebskapitals einnimmt.

In innerem Zusammenhang mit dieser Auffassung hat sich die Handelskammer auch gegen die geplanten Erhöhungen der Zölle auf industrielle Stoffe ausgesprochen, da das Ziel der Volkswirtschaft in der Erzeugung hochwertiger, ausfuhrfähiger Endprodukte gesucht werden muß, für die ausländische Rohstoffe so billig wie möglich heranzuführen sind, um die Ware erfolgreich auf dem ausländischen Markt bringen zu können. Gerade bei der Befürwortung hoher Industriezölle darf das bequeme

Schlagwort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ nicht kritiklos hingenommen werden, da die weitgehende Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft bei jedem Antrag auf Erhöhung Zollschutzes zu der Prüfung zwingt, ob durch ihn nicht eine fremde Machtposition gefestigt werden soll, um von ihr aus dann letzte, freie Bestandteile jenes Zweiges in die Hörigkeit ausländischen Kapitals zu bringen. Der Zoll soll gefährdeten deutschen Industrien die Möglichkeit erhalten, an der Verfertigung des deutschen Marktes auch künftig mitzuwirken, er soll jedoch keine zusätzlichen Mengen notwendiger Einfuhr soweit einschränken oder ihren Preis, und damit den des Gesamtverbrauchs, so weit erhöhen, daß die betreffenden inländischen Industrien tatsächlich zu monopolistischer Preispolitik befähigt werden. Solcher Abschließung von den Spannkraften einer auf die Erzielung von Höchstleistungen hinwirkenden Konkurrenz muß einmal mit Rücksicht auf das deutsche Exportinteresse widersprochen werden, und sodann wegen der Gefahr, daß eine übermäßig gefühlte Industrie ihre Rentabilität in der erleichterten Ausnutzung des Verbrauchers, dagegen nicht in der stetigen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und technischen Formen der Arbeit sucht.

Sind damit die innerwirtschaftlichen Grenzen des Zollschutzes bei grundsätzlich freihändlerischer Gesinnung umschrieben, so ergeben sie sich nach außen aus der Notwendigkeit, den Staat handelspolitisch wehrhaft zu erhalten, solange er es mit Vertriebsgegnern zu tun hat, die auch auf dem Gebiete des Protektionismus noch keineswegs an Abrüstung denken.“

Die handelspolitischen Anschauungen der Hamburger Handelskammer bewegen sich auf derselben Linie wie die Entschiedenheit der deutschen Hochschullehrer für Volkswirtschaft von Stuttgart: der Zolltarif als Mittel um günstige Handelsverträge auf der Basis der Weltbegünstigung zu erhalten, Abhebung jedes Schutzzolls, der ein Monopol errichten würde. Die volkswirtschaftlich wohl begründeten Darlegungen der Hamburger Handelskammer werden in den kommenden Debatten über die Handelspolitik als starkes Argument ins Feld geführt werden.

### Der Lebenshaltungsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Dienstag, den 23. Dezember, auf 122,8. Sie ist gegenüber der Vorwoche um 0,2 v. H. gestiegen.

### Zuckerreport und Zuckerpreise.

Der Reichsernährungsminister hat eine weitere Million Doppelzentner Verbrauchszucker für den Export freigegeben. Die Maßnahme wird damit begründet, daß für die Neubestellung unbedingt Kapital befreit werden muß. Der vermehrte Export läßt sich nur ertragen, wenn der bekannten ungerechtfertigten Steigerung der Zuckerpreise energig entgegen gewirkt wird, da die Wehrausfuhr selbstverständlich das Angebot vernappen und zu weiterem Wucher anregen muß.

### Reichsverband deutscher Fruchtgroßhändler.

Am 28. Dezember fand eine aus allen Teilen des Reiches stark besuchte Versammlung der Fruchtgroßhändler statt. Die Reichsbehörden, Staats- und Kommunalbehörden hatten durch Abwendung von Vertretern ihr Interesse an dieser Tagung bekundet. Die italienische Botchaft war durch ihren Handelsreferenten, die holländische Botchaft durch ihren Landwirtschaftsreferenten vertreten. Der zweite Vorsitzende der Berliner Handelskammer wohnte ebenfalls der Tagung bei. Es kam zur Gründung des Reichsverbandes deutscher Fruchtgroßhändler. Vorausgegangen war diesen Gründungsverhandlungen eine Reihe von Vorträgen, von denen die wichtigsten das Thema der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien und die volkswirtschaftliche Bedeutung des Straßenhandels berührten. In dem ersten Vortrag erklärte sich der Referent mit einem mäßigen Zoll für die aus Italien herintommenden Früchte einverstanden. Der Vertreter der Regierung stimmte ihm zu und verwahrte sich ausdrücklich dagegen, daß die Regierung eine Hochschutzzollpolitik treibe. Der Referent über die Bedeutung des Straßenhandels hob hervor, daß ohne den Straßenhandel die Versorgung der Großstädte mit Obst und Gemüse in der Weise, wie es jetzt geschieht, gar nicht möglich wäre. 70 bis 80 Proz. von Obst und Gemüse, das nach der Großstadt kommt, werde durch den Straßenhandel abgesetzt. Außerdem sei der Straßenhandel sehr wichtig für die Regulierung der Preise, denn er müsse billig verkaufen, und nur dadurch, daß er billig verkaufe, werden auch die Einzelhändler mit festen Verkaufstotalen genötigt, sich diesen billigen Preisen anzuschließen.

Hotelbetriebs-A.-G. Conrad Ulls Hotel Bristol — Centralhotel Berlin. Es kommt nicht alle Tage vor, daß ein Aufsichtsrat auf Bezüge, die ihm angeboten werden, verzichtet. Bei der Hotelbetriebs-A.-G. trat dieser Fall ein. Es wurde in der Generalversammlung, in der die Umstellung des Aktienkapitals auf 15 680 000 M. durch Zusammenlegung im Verhältnis 10:7 beschlossen wurde, eine Statutenänderung genehmigt, welche den Fortfall der Lantieme vorsehlt und die Bezüge des Aufsichtsrats auf die feste Vergütung beschränkt, obwohl von Aktionärsseite ein Antrag vorlag, daß die Lantieme beibehalten werden sollte. Die Bilanz zeigt auch bei diesem Uebernahmen eine erhebliche Divergenz zwischen wirtlichem und ausgemessenem Vermögen. Die Verwaltung mußte zugeben, daß das mit 1 M. zu Buch stehende Inventar bedeutende innere Reserven enthält, daß die schon in der Friedensbilanz mit 630 000 M. ausgewiesenen Warenvorräte, die in der Goldmarkbilanz mit 495 798 M. erscheinen, obwohl sie sehr viel größer sind als die Vorräte vor dem Kriege, sehr vorsichtig aufgenommen sind. Stark unterwertet ist auch das Effektenkonto, das mit 6 528 293 M. erscheint. 6,4 Millionen sind für die Beteiligung an der Eisenbahnhotelegesellschaft eingezahlt. Von dieser Gesellschaft besitzt die Hotelbetriebs-A.-G. 2/3 des Nominalkapitals. Dieses beträgt 825 000 Papiermark und wird in den gleichen Goldmarkbetrag umgestellt. Die Gesellschaft besitzt das Centralhotel ohne Schulden, das nach einer amtlichen Lage vor dem Kriege 20 Millionen Mark wert war. Der Geschäftsgang im laufenden Geschäftsjahre dürfte nach Auskunft der Verwaltung die Verteilung einer Dividende gestatten.

Eisenmattches A.-G. Ein nicht alltäglicher Fall, daß eine Gesellschaft nach erfolgter Umstellung diese aufhebt und eine stärkere Zusammenlegung vornimmt. Die Gesellschaft hatte ihr Aktienkapital im Juli auf 7,5 Millionen herabgesetzt. Nach den Ausführungen der Verwaltung hoffte sie auf eine Hebung des Geschäftes nach der Annahme des Dawes-Befehls. Die Hoffnungen erfüllten sich nicht. So sieht sich die Verwaltung, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, genötigt, eine stärkere Umstellung auf 5 Millionen Goldmark durch Zusammenlegung im Verhältnis 30:1 vorzunehmen. Diese wurde genehmigt. Die Gesellschaft gehört zum Darmat-Konzern.

Löwenbräuerei — Böhmisches Brauhaus. Der Bierabfah streigt. Er hat den des Vorjahres überhöht. Die Brauer haben eine Preislenvention abgeschlossen, damit ihnen ja nicht die Gewinne gemindert werden und damit sie gemeinsam über die hohen Steuern kämpfen. Das ist die Quintessenz der Darlegungen der Verwaltung in der Generalversammlung, in der die Umstellung des Aktienkapitals auf 5 100 000 M. durch Zusammenlegung im Verhältnis 5:3 und die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. beschlossen wurde.

